IMT Nuremberg Archives

H – 828

International Court of Justice

H0828 -0002

Notice.

Not to be publicized until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

A ne pas publier avant présentation devant le tribunal en session publique et seulement la partie reellement versee au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jener Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

H0828 – 0003

Ri. Exhibit Nr. 80

A b s c h r i f t .

Dokumente der deutschen Politik Band VIII 1 S. 212.

Nr. 34

Rede des Fuehrers vor dem Deutschen Reichstag in der Krolloper zu Berlin vom 19. Juli 1940.

.....

S. 234

Ich kann diese Wuerdigung nicht abschliessen, ohne dabei endlich dem Manne zu danken, der seit Jahren meine aussenpolitischen Richtlinien in treuer, unermuedlicher, sich selbst verzehrender Arbeit verwirklicht. Der Name des Parteigenossen von Ribbentrop wird mit der politischen Erhebung der deutschen Nation als Reichsaussenminister fuer alle Zeiten verbunden sein.

.....

Fuer die Richtigkeit der Abschrift

gez. Horn

(Dr. Horn, Rechtsanwalt)

H0828 - 0004

A b s c h r i f t

Do.Nr. 386 - PS

Berlin, den 10. Nov. 1937

N I E D E R S C H R I F T

ueber die Besprechung in der Reichskanzlei
am 5.11.1937 von 16.15 - 20.30 Uhr

Anwesend: Der Fuehrer und Reichskanzler

Der Reichskriegsminister, Generalfeldmarschall v.Blomberg

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Frh.v. Fritsch

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. hc Raeder

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Goering

Der Reichsminister des Auswaertigen Amtes, Freiherr v. Neurath

Oberst Hosbach

Der Fuehrer stellte einleitend fest, dass der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, dass dessen Eroerterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehoerte, er - der Fuehrer - saehe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese im Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine nachfolgenden Ausfuehrungen seien das Ergebnis eingehender Ueberlegungen und der Erfahrungen seiner 4 1/2 jaehr. Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken ueber die Entwicklungsmoeglichkeiten und -notwendigkeiten unserer aussenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausfuehrungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft fuer den Fall seines Ablebens anzusehen bitte.

Der Fuehrer fuehrte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.

H0828 – 0005

Die deutsche Volksmasse verfuege ueber 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstellte, wie er in keinem anderen Land wieder anzutreffen sei, wie er andererseits das Anrecht auf groesseren Lebensraum mehr als bei anderen Voelkern in sich schloesse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiet des Raumes vorlaege, so sei das eine Folge mehrhundertjaehriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die groesste Gefahr fuer die Erhaltung des deutschen Volkssturmes auf seiner jetzigen Hoehe. Ein Aufhalten des Rueckganges des Deutschtums in Oesterreich und in der Tschechoslowakei sei ebenso wenig moeglich, als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setzt Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art nach einer Reihe von Jahren einsetzen müssten weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprueche eines Volkes abzugeben vermoechten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschliesslich durch die Loesung der Raumnot bedingt, eine solche Loesung koenne naturgemaess nur fuer eine absehbare etwa 1-3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

Bevor er sich der Frage der Behebung der Raumnot zuwende, sei die Ueberlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Loesung der deutschen Lage zu erreichen sei.

Autarkie: Durchfuehrung nur moeglich bei straffer nationalsozialistischer Staatsfuehrung, welche die Voraussetzung sei, als Resultat der Verwirklichungsmoeglichkeit sei festzustellen:

A) Auf dem Gebiete der Rohstoffe nur bedingte, nicht aber totale Autarkie,

   1) Soweit Kohle zur Gewinnung von Rohprodukten in Betracht komme, sei Autarkie durchfuehrbar.

H0828 – 0006

2) Schon auf dem Gebiete der Erze, Lage viel schwieriger, Eisenbedarf - Selbstdeckung moeglich und Leichtmetall bei anderen Rohstoffen - Kupfer, Zinn, dagegen nicht.

3) Faserstoffe - Selbstdeckung, soweit Holzvorkommen reicht. Eine Dauerloesung nicht moeglich.

4) Ernaehrungsfette moeglich.

B) Auf dem Gebiete der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten "NEIN" zu beantworten. Mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandartes sei gegenueber den Zeiten vor 30-40 Jahren eine Steigerung des Bedarfes und ein gesteigerter Eigenkonsum auch der Produzenten, der Bauern, Hand in Hand gegangen. Die Erloese der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seien in der Deckung der Bedarfssteigerung uebergegange stellten daher keine absolute Erzeugungssteigerung dar. Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstduengung bereits Ermuedungserscheinungen aufweist, sei kaum noch moeglich und daher sicher, dass selbst bei hoechster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Ansatz von Devisen zur Sicherstellung der Ernaehrung durch Einfuhr steigere sich bei Missernten zu kathastrophalem Ausmass. Die Moeglichkeit der Katastrophe wachse in dem Masse der Bevoelkerungszunahme wobei der Geburtenueberschuss von jaehrlich 560.000 auch insofern einen erhoehten Brotkonsum im Gefolge habe, da das Kind ein staerkerer Brotesser als der Erwachsene sei.

Den Ernaehrungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandartes und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annaehernd gleicher Lebenshaltung unmoeglich. Seitdem mit Loesung des Arbeitsproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, waeren wohl noch kleine Korrekturen unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion nicht aber eine tatsaechliche Aenderu der Ernaehrungsgrundlage moeglich. Damit sei die Autarkie

H0828 – 0007

sowohl auf dem Ernaehrungsgebiet als auch in der Totalitaet hinfaelli

Beteiligung an der Weltwirtschaft.

Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermoechten. Einer sicheren Fundierung der deutschen Lage staenden die Konjunkturschwankungen entgegen, die Handelsvertraege boeten keine Gewähr fuer die praktische Durchfuehrung. Insbesondere sei grundsaetzlich zu bedenken, dass seit dem Weltkrieg eine Industrialisierung gerade frueherer Ernaehrungsausfuehrlaender stattgefunden habe. Wir lebten im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand naehere. Bei Japan und Italien laegen dem Ausdehungsdrang wirtschaftliche Motive zu Grunde, ebenso wie auch fuer Deutschland die wirtschaftliche Not den Antrieb bilden wuerden. Fuer Laender ausserhalb der grossen Wirtschaftsbereiche sei die Moeglichkeit wirtschaftlicher Expansion besonders erschwert.

Der durch Ruestungskonjunkturen verursachte Auftrieb in der Weltwirtschaft koennen niemals die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Regelung fuer einen laengeren Zeitraum bilden, welch letzteren vor allem auch durch die vom Bolschewismus ausgehenden Wirtschaftszerstoerungen im Wege stuenden. Es sei eine ausgesprochene militaerische Schwaeche derjenigen Staaten, die ihre Existenz auf dem Aussenhandel aufbauten. Da unser Aussenhandel ueber die von England beherrschten Seegebiete fuehre, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die grosse Schwaeche unserer Ernaehrungssituation im Krieg erhelle. Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe laege in der Gewinnung eine groesseren Lebensraumes. Ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildung und Voelkerbewegung gewesen sei. Dass diese Streben in Genf und bei den gesaettigten Staaten keinem Interesse begegne, sei erklaerlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernaehrungslage im Vordergrund stuende, so koenne der hierfuer noetige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber

ausgehend von liberalistischen-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handelt sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmaessiger in unmittelbarem Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Uebersee zu suchen, wobei die Loesung sich fuer ein bis zwei Generationen auswirken muessen. Was darueber hinaus in spaeteren Zeiten notwendig werden soll, muesse nachfolgenden Geschlechtern ueberlassen werden. Die Entwicklung grosser Weltgebilde gehen nun einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern finde hierfuer die guenstigsten Voraussetzungen inmitten des europaeischen Kontinents. Dass jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko von sich gehen koenne, habe die Geschichte aller Zeiten - Boehmisches Weltreich, Englisches Empire - bewiesen. Auch Rueckschlaege seien unvermeidbar. Weder frueher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stosse stets auf den Besitzer.

Fuer Deutschland laute die Frage, wo groesster Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei.

Die deutsche Politik habe mit den beiden Hassgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloss inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstarkung sowohl in Europa als auch in Uebersee ablehnten und sich in dieser Ablehnung auf die Zustimmung aller Parteien stuetzen koennten. In der Errichtung deutscher militaerischer Stuetzpunkte in Uebersee saehen beide Laender eine Bedrohung ihrer Ueberseeverbindungen, eine Sicherung des deutschen Handels und rueckwirkend eine Staerkung der deutschen Position in Europa.

England koenne aus seinem Kolonialbesitz infolge des Widerstandes der Dominion keine Abtretung an uns vornehmen. Nach dem durch Uebergang Abessiniens in italienischen Besitz eingetretenen Prestigeverlustes Englands sei mit einer Rueckgabe Ostafrikas nicht zu

H0828 - 0008

rechnen. Das Entgegenkommen Englands werde sich bestenfalls in dem Anheimstellen aeussern, unsere kolonialen Wuensche durch Wegnahme solcher Kolonien zu befriedigen, die sich z.Zt. in nicht englischem Besitz befaenden - z. B. Angola -. In der gleichen Linie werde sich das franzoesische Entgegenkommen bewegen.

Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rueckgabe von Kolonien an uns kaeme zu einem Zeitpunkt in Betracht, in dem England sich in einer Notlage befaende und das deutsche Reich stark und aufgeruestet sei.

Die Auffassung, dass das Empire unerschuetterlich sei, teile der Fuehrer nicht. Die Widerstaende gegen das Empire laegen weniger in den eroberten Laendern als bei den Konkurrenten. Das Empire und das roemische Weltreich seien hinsichtlich der Dauerhaftigkeit nicht vergleichbar; dem letzteren habe seit dem punischen Kriegen kein machtpolitischer Gegner ernsthaften Charakters gegenueber gestanden. Erst die vom Christentum ausgehende aufloesende Wirkung und die sich bei jedem Staate einstellende Alterserscheinungen hatten das alte Rom dem Ansturm der Germanen erliegen lassen.

Neben dem englischen Empire staenden schon heute eine Anzahl ihm ueberlegener Staaten. Das englische Mutterland sei nur im Bunde mit anderen Staaten, nicht nur aus eigener Kraft in der Lage seinen Kolonialbesitz zu verteidigen. Wie solle England allein z.B. Kanada gegen einen Angriff Amerika's seinen ostasiatischen Interessen gegen einen solchen der Japaner verteidigen!

Das Herausstellen der englischen Krone als Traeger des Zusammenhaltens des Empire sei bereits das Eingestaendnis, dass das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei. Bedeutungsvolle Hinweise in dieser Richtung seien:

a) Das Streben Irlands nach Selbstaendigkeit

b) Die Verfassungskaempfe in Indien, wo England durch seine halben Massnahmen den Indern die Moeglichkeit eroeffnet habe, spaeterhin die Nichterfuellung der verfassungsrecht-

H0828 - 0009

lichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen.

c) Die Schwaechung der englischen Position in Ostasien durch Japan.

d) Der Gegensatz im Mittelmeer zu Italien, welches -unter Berufung auf seine Geschichte, getrieben aus Not und gefuehrt durch ein Genie - seine Machtstellung ausbaue und sich hierdurch in zunehmenden Masse gegen englische Interessen wenden muesse. Der Ausgang des abessinischen Krieges sei ein Prestige-Verlust Englands, den Italien durch Schueren in der mohammedanischen Welt zu vergroessern bestrebt sei.

In Summa sei festzustellen, dass trotz aller ideeller Festigkeit das Empire machtpolitisch auf die Dauer mit 45 Millionen Englaender nich zu halten sei. Das Verstaendnis der Bevoelkerungszahl des Empire zu der des Mutterlandes von 9:1 sei eine Warnung fuer uns, bei Raumerweiterungen nicht die in der eigenen Volkszahl liegende Plattform zu gering werden zu lassen.

Die Stellung Frankreich sei guenstiger als die Englands. Das franzoesische Reich sei territorial besser gelagert, die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellen einen militaerischen Mitzuwachs dar. Aber Frankreich gehe innenpolitischen Schwierigkeiten entgegen. Im Leben der Voelker nehmen die parlamentarische Regierungsform etwa 10%, die autoritaere etwa 90% als Machtfaktoren einzusetzen, England, Frankreich, Russland und die angrenzenden kleineren Staaten.

Zur Loesung der deutschen Frage koenne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kaempfe Friedrich d.Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Oesterreich und Frankreich seien von unerhoertem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preussischen Handelns 1870 habe Oesterreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausfuehrungen den Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibe noch die Beantwortung der

H0828 - 0010

H0828-0011

Fragen "wann" und "wie".

Hierbei seien drei Faelle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943 - 1945

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veraenderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Die Aufruestung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierskorps seien annaehernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, der Geheimhatlungsschutz der "Sonderwaffen" liess sich nicht immer aufrecht erhalten. Die Gewinnung von Reserven beschraenke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgaenge, ein Zusatz aus aelteren unausgebildeten Jahrgaengen sei nicht mehr verfuegbar.

Im Verhaeltnis zu der bis dahin durchgefuehrten Aufruestung der Umwelt naehmen wir an relativer Staerke ab. Wenn wir bis 1943/45 nich handelten, koenne infolge des Fehlens der Reserven jedes Jahr die Ernaehrungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfuegbar seien. Hierin sei ein Schwaechungsmoment des Regimes zu erblicken. Zudem erwartet die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmassnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Waehrend die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.

Wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsaechlich sein wuerde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, dass wir nicht laenger warten koennnen.

Auf der einen Seite die grosse Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung, das Aelterwerden der Bewegung und ihrer Fuehrer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandartes und auf Geburteneinschraenkung, liessen keine andere Wahl als zu handeln. Sollte der Fuehrer noch am Leben sein, so sei es sein unabaenderlicher Entschluss, spaetestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu loesen. Die Notwen-

digkeit zum Handeln vor 1943/45 kaeme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2:

Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise anwachsen sollten, dass durch letztere die franzoesische Armee absorbiert und fuer eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet wuerde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3:

Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, dass es gegen Deutschland nicht "vorgehen" kann.

Zur Verbesserung unserer militaer-politischen Lage muesse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und Oesterreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, dass die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg erklaeren wuerde. In dem Masse unserer Schwaeche wuerde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien , nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen koenne.

Seit die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland Ungarn getroffen, so g. koenne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-franzoesischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung, als Deutschlands Staerke unerschuettert sei, bei deutschen Rueckschlaegen, muesse ein Vorgehen Polen gegen Ostpreussen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.

Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmaessigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1943/45 fuehre, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Russlands, voraussichtlich folgendermassen zu beurteilen:

H0828 - 0012

H0828 - 0013

An sich glaube der Fuehrer, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden haetten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt wuerde.

Die Schwierigkeiten des Empires und die Aussicht in einen langwaehrenden europaeischen Krieg verwickelt zu werden, seien bestimmend fuer eine Nichtbeteiligung Englands an einem Kriege mit Deutschland. Die englische Haltung werde bestimmt nicht ohne Einfluss auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen Frankreichs ohne die englische Unterstuetzung und in der Voraussicht, dass seine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Ohne die Hilfe Englands sei auch nicht an einen Durchmarsch Frankreichs durch Belgien und Holland zu rechnen, der auch bei einem Konfikt mit Frankreich fuer uns ausser Betracht bleiben muesse, da er in jedem Falle die Feindschaft Englands zurFolge haben muesse. Naturgemaess sei eine Abwicklung im Westen in jedem Fall waehrend der Durchfuehrung unseres Angriffes gegen die Tschechei und Oesterreich notwendig.- Hierbei sei zu beruecksichtigen, dass die Verteidigungsmassnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Staerke zunehmen und dass auch eine Konsolidierung der inneren Werte der oesterreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfaende. Wenn auch die Besiedlung insbesondere der Tschechei keine duenne sei, so koenne die Einverleibung der Tschechei und Oesterreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln fuer 5 - 6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Oesterreich von eine Million Menschen zur Durchfuehrung gelange.

Die Angliederung dieser beiden Staaten an Deutschland bedeute militaer-politisch eine wesentliche Entlastung infolge kuerzerer besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkraeften fuer andere

H0828 - 0014

Zwecke und der Moeglichkeit der Neuaufstellung von Truppen, bis in Hoehe von etwa 12 Divisionen, wobei auf eine Million Einwohner eine neue Division entfalle.

Von der Seite Italiens seien gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten wie dagegen seine Haltung in der oesterreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung und sei wesentlich davon abhaengig, ob der Duce noch am Leben sei.

Das Mass der Ueberraschung und Schnelligkeit unseres Handelns sei fuer die Stellungsnahme Polens entscheidend. Gegen ein siegreiches Deutschland wird Polen - mit Russland im Ruecken - wenig Neigung haben, in den Krieg einzutreten.

Einem militaerischen Eingreifen Russlands muesse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches ueberhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 - Lahmlegung Frankreichs durch einen Buergerkrieg ein, so sei infolge Ausfalls des gefaehrlichen Gegners die Lage jederzeit zum Schlage gegen die Tschechei auszunutzen.-

In gewisser Naehe sache der Fuehrer den Fall 3 geruckt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln koenne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei.

Nach den bisherigen Erfahrungen beim Verlauf der kriegerischen Ereignisse in Spanien sache der Fuehrer deren baldige Beendigung noch nicht bevorstehend. Beruecksichtige man den Zeitaufwand, der bisherigen Offensive Francos, so koenne eine Kriegsdauer von etwa noch 3 Jahren im Bereich der Moeglichkeit liegen.-

Andererseits sei vom deutschen Standpunkt ein hundertprozentiger Sieg Francos auch nicht erwuenscht, wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges und der Erhaltung der Spannung im

H0828 - 0015

Mittelmehr interessiert. Franco in ungeteilten Besitz der spanischen Halbinsel schaltet die Moeglichkeit weiterer italienischer Einmischung und den Verbleib Italiens auf den Balearen aus.

Da unser Interesse auf die Fortdauer des Krieges in Spanien gerichtet sei, muesse es Aufgabe unserer Politik in naechster Zeit sein, Italien den Ruecken fuer weiteren Verbleib auf den Balearen zu staerken. Ein Festsetzender Italiener auf den Balearen sei aber weder fuer Frankreich noch fuer England tragbar und koenne zu einem Krieg Frankreichs und Englands gegen Italien fuehren, wobei Spanien - falls voellig in weisser Hand - an derSeite der Gegner Italiens auf den Plan treten koenne.

In einem solchen Krieg sei ein Unterliggen Italiens wenig wahrscheinlich. Zur Ergaenzung seiner Rohstoffe stehe der Weg ueber Deutschland offen. Die militaerische Kriegfuehrung seitens Italiens stelle der Fuehrer sich derart vor, dass es an seiner Westgrenze gegen Frankreich defensiv bleibe und dem Kampf gegen Frankreich aus Lybien heraus gegen die Nordafrikanischen franzoesischen Kolonialbesitzungen fuehre.

Da eine Landung franzoesisch-englischer Truppen an den Kuesten Italiens ausscheiden und eine franzoesische Offensive ueber die Alpen nach Oberitalien sehr schwierig sein duerfte und sich voraussichtlich an den starken italienischen Befestigungen festlaufen wuerde, laege der Schwerpunkt der Handlungen in Nordafrika. Die Bedrohung der franzoesische Transportwege durch die italienische Flotte werde in starkem Umfange den Transport von Streitkraeften von Nordafrika nach Frankreich lahmlegen, so dass Frankreich an den Grenzen gegen Italien und Deutschland nur ueber die Streitkraefte des Heimatlandes verfuege.

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und oesterreichischen Frage ausnuetze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass England - im Kriege mit Italien liegend -

H0828 – 0016

sich nicht zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschliessen werde. Ohne die englische Unterstuetzung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.
Der Zeitpunkt unseres Angriffes auf die Tschechei und Oesterreich muesse abhaengig von dem Verlauf des italienisch-englisch-franzoesischen Krieges gemacht werden und laege nicht etwa gleichzeitig mit der Eroeffnung der kriegerischen Handlungen dieser Staaten.
Der Fuehrer denke auch nicht an militaerische Abmachungen mit Italien sondern wolle in eigener Selbstaendigkeit und unter Ausnutzung dieser sich nur einmal bietenden guenstigen Gelegenheit dem Feldzug gegen die Tschechei beginnen und durchfuehren, wobei der Ueberfall auf die Tschechei "blitzartig schnell" erfolgen muesse.
Feldmarschall von Blomberg und Generaloberst von Fritsch wiesen bei der Beurteilung der Lage wiederholt auf die Notwendigkeit hin, dass England und Frankreich nicht als unsere Gegner auftreten duerften und stellten fest, dass durch den Krieg gegen Italien das franzoesische Heer nicht in dem Umfange gebunden sei, dass es nicht noch mit Ueberlegenheit an unserer Westgrenze auf den Plan treten koenne. Die mutmasslich an der Alpengrenze gegenueber Italien zum Einsatz gelangenden franzoesischen Kraefte veranschlagte Generaloberst von Fritsch auf etwa 2o Divisionen, sodass immer noch eine starke franzoesische Ueberlegenheit an unserer Westgrenze bliebe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Aufmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei, dass abgesehen von dem ganz geringen Wert unseres derzeitigen Standes der Befestigungsanlagen - worauf Feldmarschall von Blomberg besonders hinwies - die fuer den Westen vorgesehenen 4 mot. Divisionen mehr oder weniger bewegungsunfaehig seien. Hinsichtlich unserer Offensive nach Suedosten machte Feldmarschall von Blomberg nachdruecklich auf die Staerke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen haette und unseren Angriff aufs Aeusserste erschwere.

H0828 - 0017

Generaloberst von Fritsch erwaehnte, dass es gerade Zweck einer von ihm angeordneten Studie dieses Winters sei, die Moeglichkeiten der Fuehrung der Operationen gegen die Tschechei unter Beruecksichtigung der Ueberwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, dass er unter den obwaltenden Verhaeltnissen davon absehen muesse, seinen am 10.11. beginnenden Auslandsurlaub durchzufuehren. Diese Absicht lehnte der Fuehrer mit der Begruendung ab, dass die Moeglichkeit dieses Konfliktes als noch nicht so nahe bevorstehend anzusehen sei. Gegenueber dem Einwand des Aussenministers, dass ein italienisch-englisch-franzoesischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Naehe sei, als es der Fuehrer anzunehmen schiene, stellte der Fuehrer als den ihm hierfuer moeglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin. Zu den seitens des Feldmarschalls von Blomberg und des Generaloberst von Fritsch hinsichtlich des Verhaltens Englands und Frankreichs angestellten Ueberlegungen aeusserte der Fuehrer in Wiederholung seiner bisherigen Ausfuehrungen, dass er von der Nichtbeteiligung Englands ueberzeugt sei und daher an eine kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube. Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung Europas fuehren, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Maechte ihr Desinteressement erklaeren, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunaechst anzuschliessen.

Generaloberst Goering hielt angesichts der Ausfuehrungen des Fuehrers es fuer geboten, an einen Abbau unseres militaerischen Spanienunternehmens zu denken. Der Fuehrer stimmte dem insoweit

H0828 - 0018

zu, als er den Entschluss einem geeigneten Zeitpunkt vorbehalten zu glauben solle.

Der zweite Teil der Besprechungen befasste sich mit materiellen Rüstungsfragen.

gez. Hossbach

Fuer die Richtigkeit:

Kirchbach

Oberst d.G.

Die Richtigkeit bestaetigt:

gez. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828 – 0019

A b s c h r i f t

Dok. Nr. 2461-PS

21 a. Amtliche deutsche Mitteilungen ueber
die Zusammenkunft des Fuehrers und Reichskanzlers mit dem
oesterreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg zu Berchtesgaden
(am 12. Februar) vom 12. und 15. Februar 1938. 1)

Der oesterreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg stattete heute in Begleitung desoesterreichischen Staatssekretaers fuer die Auswaertigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt 2) und des deutschen Botschafters von Papen in Gegenwart des Reichsministers des Auswaertigen von Ribbentrop dem Fuehrer und Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch auf dem Obersalzberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsch, sich ueber alle Fragen, die das Verhaeltnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich betreffen, auszusprechen.

* *
*

In der Aussprache, die am 12. Februar zwischen dem Fuehrer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden stattgefunden hat, wurden alle Fragen der Beziehungen zwischen den beiden Staaten betrachten. In diesem Sinne haben nach der Unterredung vom 12. Februar 1938, beide Teile die sofortige Durchfuehrung von Massnahmen beschlossen 4) die Gewaehr leisten, dass ein so enges und freundschaftliches Verhaeltnis der beiden Staaten zueinander hergestellt wird, wie es der Geschichte und dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entspricht. Beide Staatsmaenner sind der Ueberzeugung, dass die von ihnen beschlossenen Massnahmen zugleich ein wirksamer Beitrag zur friedlichen Entwicklung der europaeischen Lage sind.

Die Oesterreichische Regierung hat ein gleichlautendes Communique ausgegeben.

Die Richtigkeit der Abschrift
Bestaetigt:

gez. Horn
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828 – 0020

A b s c h r i f t . Ri Exhibit Nr. 11

Dokumente der deutschen Politik Band IV S. 157

Nr. 18

Vereinbarung zwischen der deutschen Reichsregierung
und der oesterreichischen Bundesregierung vom
11. Juli 1936.

In der Ueberzeugung, der europaeischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Foerderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Deutschen Reiches und des Bundesstaates Oesterreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Anlass wird erklaert:

1.) Im Sinne der Feststellungen des Fuehrers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveraenitaet des Bundesstaates Oesterreich.

2.) Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschliesslich der Frage des oesterreichischen Nationalsozialismus als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3.) Die oesterreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenueber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grundsaetzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt entspricht. Hiedurch werden die Roemerprotokolle ex 1934 und deren Zusaetze ex 1936 sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht beruehrt.

In der Erwaegung, dass die von beiden Seiten gewuenschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Laender erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die oesterreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmassnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Fuer die Richtigkeit der Abschrift: gez. Horn (Dr. Horn, Rechtsanwalt)

H0828 – 0021

Telefongespraech zwischen Goering und Reichsaussenminister von Ribbentrop

A b s c h r i f t

des Dokumentes 2949 / PS. Parte W.

Generalfeldmarschall Goering mit Reichsaussenminister v. Ribbentrop

13.3.38 London 9.15 - 1.99.

G.: Also Sie wissen ja, dass der Fuehrer mich mit der Fuehrung der Regierungsgeschaefte beauftragt hat. Und deshalb wollte ich Sie orientieren. Es ist ein unbeschreiblicher Jubel in Oesterreich, das koennen Sie ja durchs Radio hoeren.

R.: Ja, es ist phantastisch, was?

G.: Ja, der letzte Einmarsch ins Rheinland verschwindet voellig dagegen, was an Jubel der Bevoelkerung ... Der Fuehrer war unendlich erschuettert, als er mich gestern Abend sprach. Denn Sie muessen bedenken, nun sah er zum ersten Male seine Heimat wieder. Nun wollte ich in der Hauptsache die politischen Sachen sagen. Also diese Erzaehlung da, wir haetten ein Ultimatum gestellt, das ist natuerlich Quatsch. Das Ultimatum haben von Anfang an die nat.soz. Minister und die Volksreferenten gestellt. Nachher beteiligten sich immer mehr prominente Leute der Bewegung usw. und das einzige, was selbstverstaendlich ist, dass die oesterr.nat.soz. Minister uns gebeten haben, ihnen Rueckendeckung zu geben, damit sie nicht wieder voellig zusammengeknueppelt werden und mit Terror und Buergerkrieg zusammengeschossen werden. Da haben wir ihnen gesagt, wir dulden unter keinen Umstaenden, dass der Schuschnigg einen Buergerkrieg fuehrt. Ob nun direkt auf Befehl von Schuschnigg oder mit Wissen von Schuschnigg die Kommunisten und die Roten bewaffnet worden waren und bereits Umzuege abhielten, die ja fotografiert sind, mit "Heil Moskau" usw., da waren natuerlich in Wiener Neustadt erhebliche Gefahrenmomente gegeben. Dann muessen Sie ja bedenken, dass Schuschnigg maechtige Reden gehalten hat, die Vaterlaendische Front wuerde kaempfen, bis zum letzten, das konnte man ja nicht wissen, dass die so kapitulierten, und

H0828 - 0022

infolgedessen hat der Seyss-Inquart, da war er bereits an der Regierung - uns gebeten, nunmehr unverzueglich einzumarschieren. Wir waren vorher an der Grenze aufmarschiert, weil wir ja nicht wissen konnten - gibt es Buergerkrieg oder gibt es keinen.

So sind die tatsaechlichen Verhaeltnisse, die alle durch die Dokumente belegt werden koennen. Da koennen die Leute ... Interessant ist Folgendes: die voellige, geradezu uns selbst ueberraschende Anteilnahme am Nationalsozialismus. Und das erklaert sich daraus: In der V.F. sind ungefaehr 8o % ehrliche Nationalsozialisten gewesen, die aber durch den ungeheuren Terror, der besonders wirtschaftlich aus gefuehrt wurde, wo jeder sofort seine Stellung verlor - es konnte ja ueberhaupt kein Beamter oder Angestellter sein, der nicht zur V.F. gehoerte - da schien die V.F. wirklich etwas zu sein. Tatsaechlich waren das aber alles unsere Leute, was man jetzt erst entdeckt und sieht. So erklaert sich diese selbst fuer uns ueberwaeltigende Haltung. Wir haben doch mindestens gedacht, ... Aber es ist so, dass ueberhaupt ausser den Juden, die in Wien sitzen, und einem Teil dieser raben-Schwarzen, ueberhaupt keiner zu sehen ist, der gegen uns ist.

R.: Eigentlich ist also ganz Oesterreich fuer uns.

G.: Also ich kann Ihnen sagen, wenn morgen eine Abstimmung stattfindet, - ich habe schon dem S.I. gesagt, er soll doch ruhig die Vertreter der demokratischen Maechte einladen, sich wirklich zu ueberzeugen, dass diese Wahl voellig nach demokratischen Grundsaetzen sei - wir bekommen in Oesterreich 9o % Ja-Stimmen. Absolut!! Jetzt erfaehrt man ja erst, wie die Leute drangsaliert worden sind. Ich meine, ganz unabhaengig von allen anderen, muessen spaeter einmal wirklich ernste Maenner von England und Frankreich gebeten werden, dass die sich das mal ansehen. Hier hat die raffinierteste Taeuschung der Welt stattgefunden.

R.: Ich glaube, dass sich das hier auch schon durchsetzen wird. Ich habe ja hier in den letzten Tagen verschiedene Gespraeche gefuehrt, vor allem mit dem einen vorgestern. Die Dinge sind ja nun so: im Augenblick haben sie mir hier ihre grossen Ueberraschung ... - ich werde Ihnen das nachher noch sagen, aber im allgemeinen sieht man die Dinge ja auch vernuenftig

H0828 – 0023

an. Ich habe dem Hälifax, der noch lange bei mir war, vorgestern gesagt, dass hier die ganze englische oeffentliche Meinung doch genau weiss, wie das mit Oesterreich ist, ..

G.: Ich will noch Folgendes sagen: Die Abstimmung findet erst statt, wenn unsere Truppen wieder zurueck sind, unsere Truppen duerfen dann nicht mehr drin sein. Ausserdem gehen unsere Truppen ja schon in den naechsten Tagen wieder zurueck. Das war ja nicht abzustoppen, das weiss ja jeder Militaer, wenn mal eine solche Sache rollt, im Moment, wo der Befehl gegeben war anzutreten, da muss das jetzt abrollen, bis die Truppen an ihrem Ziel sind und dann wieder verladen werden koennen und zurueckbefoerdert werden. Wie ich gestern hoerte, rechnet man mit 5 - 6 Tagen. Das ist ja jetzt ueberhaupt nur ein Freundesmarsch. Es ist gar nichts passiert, nicht ein Schuss ist gefallen. Nun steht ja noch Wien und Wiener Neustadt offen. Aber ich glaube, das geht genau so, wie ueberall. Aber das konnte man ja nicht ahnen. Bedenken Sie doch die Reden von den Leutwn. Die haben doch immer getobt, hier waere eine fanatisch, entschlossene, ... die Oesterreich verteidigen wollen, die Unabhaengigkeit usw. usw., dass das so hohl war, das konnte man ja nicht annehmen. Die Beamten z.B. sind gekommen, eigentlich schon von oben an, all die kleinen und mittleren: "Ihr ahnt ja nicht, wenn wir einmal, nur ein einziges Mal zur Andeutung gebracht haetten. dass wir mit Euch sympathisieren, dann waeren wir ja ruecksichtslos mit unserer Familie auf die Strasse geworfen worden." Es war ja ein System so brutal ! Nur dadurch, dass sie so schleimig nach aussen hin machten, die ganze Sache so verbraemten mit dem Wort "christlich", dann sah das so aus, Aber das waren die brutalsten Hunde, die jemals da waren. Ich muss sagen, da nehme ich ja den Hut ab, die in Russland sind ja wenigstens ehrlich. Hier waren sie noch gemein hintenrum. Hier haben sie zwar keine Leute gekoepft - na, einen Teil haben sie ja gekoepft, aber hier haben sie sie muerbe gemacht, hier haben sie sie wirtschaftlich umgebracht. Nun will ich mal eins sagen: wenn man hier sagt, wir haetten unter Druck das oesterreichische Volk, die Unabhaengigkeit vergewaltigt, dann kann man hoechstens sagen, eine einzige Sache ist vielleicht unter Druck gesetzt worden, aber nicht von uns, das war die ganz winzig kleine Regierung. Das oesterr. Volk, das ist jetzt erst frei. Ich wuerde einfach vorschlagen, dem Halifax

H0828 - 0024

oder ein paar wirklich ersten Leuten, denen er vertraut, die soll er doch einfach rueberschicken, damit sie sich das Bild ansehen koennen. Sie sollen durch das Land reisen, dann sehen sie alles. Im uebrigen muss ich eins sagen, wissen Sie, wenn da - gestern hiess es mal : ja, ernste Dinge, Krieg usw., muss ich hell auflachen, denn wo waere der gewissenlose Staatsmann, der Millionen Menschen wieder in den Tod schicken wuerde, lediglich, weil zwei deutsche Brudervoelker wieder ...

R.: Ja, das ist absolut laecherlich, natuerlich. Die Erkenntnis ist auch hier .. man weiss hier, glaube ich, ziemlich genau Bescheid.

G.: Herr Ribbentrop, ich wuerde vor allem eines betonen: Welcher Staat in der ganzen Welt wird durch unsere Vereinigung geschaedigt? Nehmen wir von irgendeinem Staat was weg? Wenn die Staaten sagen: ja, gegen unser Interesse! Was haben die Staaten dann fuer ein Interesse gehabt? Dann koennen sie nur ein Interesse gehabt haben, Oesterreich feindlich gegen Deutschland einzustellen. In Gesamt-Oesterreich wohnt nicht 0,1 % Minderheit. Alle Menschen sind deutsch, alle Menschen sprechen deutsch. Also ist hier kein einziger Staat beteiligt. Und die Staaten, die vielleicht als einzige ein Interesse haetten, das koennen Sie sagen, Italien und Jugoslavien und Ungarn, weil da doch ein paar hunderttausend Deutsche wohnen, die evtl. sagen koennen, ja dadurch fuehlen wir uns .. usw. die fuehlen sich nicht bedroht. Deshalb ist es laecherlich, wenn sich Frankreich da ... Im uebrigen, das moechte ich auch noch betonen, war der tschechische Gesandte gestern bei

H0828 - 0025

und hat mir erklaert, dass die Tschechei, die Gerüchte, sie haetten mobil gemacht, waeren vollstaendig aus der Luft gegriffen, und sie wuerden sich mit meinem Worte, dass ich nicht das Geringste gegen die Tschechei unternehme, begnuegen.

R.: Der hat das auch bei der Botschaft schon vorgestern sagen lassen. Der hat hier extra angerufen und hat das hier dem Woermann gesagt.

G.: Daraufhin habe ich Folgendes gesagt: dass die deutschen Truppen bei ihrem Marsch durch Oesterreich sich ueberall 15 - 20 km von der Grenze abzuhalten haben, und noerdlich der Donau in dem ganzen Raum ueberhaupt nur ein aufgeloestes Bataillon marschiert, damit diese Ortschaften auch den Jubel und die Freide haben. Heute ist es ja so, dass der Vormarsch nicht mehr nach militaerischen Grundsaetzen erfolgt, sondern auf allen Strassen marschieren kleinere Kolonnen, weil jedes Dorf einen deutschen Soldaten sehen will.

R.: Nun wollte ich Ihnen folgendes sagen: Ich wollte nachher wegfliegen. Die Sache ist naemlich hier so, dass ich meine Verabschiedung schon vorgestern nach allen Seiten durchgefuehrt habe. Der geschaeftliche Verkehr geht mit der Botschaft da bin ich ja gar nicht mehr zustaendig.

G.: Aber der Fuehrer meinte, weil Sie nun gerade einmal drueben sind, ob Sie nicht die Leute grundsaetzlich aufklaeren, wie tatsaechlich die Dinge sind. Vor allen Dingen, dass das hier eine voellige Irrefuehrung ist, wenn man annimmt, dass Deutschland ein Ultimatum gestellt hat.

H0828 – 0026

R.: Die Aufklaerung ist schon klar erfolgt, indem ich dem Halifax und Chamberlain gegenueber sehr eingehend gesprochen habe. Das ist an sich klar. Es ist nur so jetzt, dass die Zeitungen - man faengt sogar an zu fragen, und es ist nicht richtig, wenn ich jetzt noch hier bliebe, das wuerde etwas merkwuerdig sein.

G.: Nee, nee, das halte ich auch fuer richtig. Ich wusste nur nicht, ob Sie schon mit den Leuten gesprochen haben.

G.: Ich wollte, dass Sie nochmal, nein nicht nochmal, sondern ueberhaupt dem Halifax und Chamberlain folgendes sagen:

1.) Es ist nicht richtig, dass Deutschland irgend ein Ultimatum gestellt hat. Das ist eine Luege von Schuschnigg, denn das Ultimatum ist ihm vom S.I., Gleise-Horstenau und Jury gestellt worden. Es ist ferner nicht richtig, dass dem Bundespraesidenten ein Ultimatum gestellt worden ist von uns, sondern auch nur von den anderen und lediglich ist da, glaube ich, ein Militaerattaché mitgegangen, gebeten von S.I, wegen einer technischen Frage - der sollte also anfragen, ob wenn S.I. bitten wuerde zur Unterstuetzung deutsche Truppen einmarschieren zu lassen, Deutschland ja sagen wuerde, aber nicht den Leuten, sondern S.I. Weiter moechte ich feststellen, dass ausdruecklich S.I. hier uns gebeten hat, muendlich und dann noch telegrafisch, Truppen zu schicken, weil er nicht wusste, wie ist die Lage in Wiener-Neustadt, Wien usw., weil da Waffen ausgegeben waren. Und was er ja nicht wissen konnte, wie verhaelt sich die V.F., die ja immer das Maul so gross aufgemacht hat.

H0828 – 0027

R.: Sagen Sie, Herr Goering, wie ist das eigentlich mit Wien, ist da alles klar jetzt?

G.: Ja. Gestern waren von mir hunderte von Flugzeugen mit einigen Kompanien zur Sicherung des Flughafens gelandet und die sind mit Jubel empfangen worden. Heute zieht die Spitze der 17. Division ein, zusammen mit den oesterreichischen Truppen. Weiter moechte ich feststellen, die oesterreichischen Truppen haben sich nicht etwa zurueckgezogen, sondern haben sich ueber all, wo sie standen und in Garnison waren mit den deutschen Truppen sofort verbruedert.

R.: Das war ja eigentlich zu erwarten.

G.: Der Einmarsch erfolgte also auf diesen Wunsch. Es ist nunmehr auch von uns erkannt, dass der Einmarsch nicht mehr notwendig ist. Die ganze Sache rollt nunmehr ab, wie eine solche Sache abrollen muss und erfolgt jetzt nur noch als ein Freudenmarsch; wenn Sie es so nennen wollen, sobald er abgerollt ist, also morgen oder uebermorgen muss das sein - beginnen die Ruecktransporte. Und dann - hat die oesterreichische Regierung uns wissen lassen - wuerde sie eine nach allen demokratischen Grundsaetzen stichhaltige und freie und geheime Wahl stellen, dem jeder Oesterreicher nun seine wirkliche freie Stimme geheim abgeben koennen wird. Und hierzu haben sie vor, Leute vom Ausland zu bitten, damit ihnen nachher ja nicht der Vorwurf gemacht werden kann der Faelschung - wie es der Schuschnigg gemacht hat - damit sie sehen, dass diese Wahl wirklich geheim ist. Es ist ja auch in unserem Interesse denn wir sind ja heilig davon ueberzeugt, dass wir eine

H0828 – 0028

ueberwaeltigende Mehrheit bekommen. Deshalb ist es auch in unserem Interesse, dass diese Wahl voellig korrekt abgewickelt wird. Wenn die Wahl geschehen ist, dann sieht man ja erst, wie sich das Volk entschieden hat und was geschieht. In einem duerfen Sie keinen Zweifel lassen: Den Spruch Oesterreichs respektieren wir nach jeder Richtung. Und wenn es sich fuer die Einigung ausspricht, woran wir ja keine Zweifel haben koennen, dann werden wir uns durch keine Macht der Welt mehr trennen lassen. Es ist moeglich, dass eine Weltliga von allen Staaten Deutschland ueberwindet, aber es ist nicht moeglich, dass wir uns noch einmal trennen lassen, wenn Oesterreich sich dafuer ausgesprochen hat, sich mit Deutschland zusammenzuschliessen. Und zwar ist das keine Bedrohung, das moechte ich ausdruecklich feststellen, fuer irgend einen Staat. Wir bedrohen in keiner Weise die CSR., sondern die CSR hat im Gegenteil jetzt die Moeglichkeit, mit uns zu einer freundschaftlichen und vernuenftigen Regelung zu kommen. Sie sagen (die CSR) : Wir haben auch keinen Soldaten im Westen mobil gemacht. Es ist ueberhaupt nichts an dem gegenwaertigen Zustand geaendert worden." Alles unter der Voraussetzung, dass Frankreich vernuenftig bleibt und seinerseits nichts macht. Wenn natuerlich Frankreich jetzt an der Grenze grosse Mobilmachungen durchfuehrt, dann kann es ja heiter werden.

R.: Ich glaube, dass man da jetzt durchaus vernuenftig sein wird.

G.: Wir haben ein gutes Gewissen und das ist ja hier entscheidend. Vor der Weltgeschichte haben wir hier ein freies Gewissen. Das hat es noch niemals in der Welt gegeben, dass

H0828 - 0029

sich jemand dazwischen mischt, wenn sich zwei Bruedervoelker vereinigen. Das waere ja gegen das Selbstbestimmungsrecht der Voelker. Das waere ja doch zum Piepen geradezu.

R.: Ich habe hier ja sehr eingehend vor allem mit dem Halifax eine lange Aussprache noch gehabt und habe ihm unsere grundsaetzliche Auffassung gesagt, auch im Hinblick auf die deutsch-englische Verstaendigung ...

G.: Das wollte ich noch sagen, Sie wissen ja selbst, Ribbentrop, dass ich stets fuer eine deutsch engl. Verstaendigung waermstens eingetreten bin. Wenn die Englaender sie ehrlich wollen und wenn die Englaender die Gleichberechtigung, dass auch wir ein stolzes, freies Volk sind, dann wuerde sich niemand mehr freuen wie ich. Denn schliesslich stellen ja auch wir zwei Bruedervoelker dar.

R.: Ich kann Ihnen eins, sagen, Herr Goering, ich habe ja auch mit Chamberlain bei dem Fruehstueck neulich nach Tisch mit ihm gesprochen und ich habe einen sehr guten Eindruck von ihm persoenlich bekommen und er hat mir einen Auftrag, eine Nachricht fuer den Fuehrer mitgegeben, die ich dem Fuehrer persoenlich uebermitteln will. Sind Sie heute nachmittag in Berlin?

G.: Ich bin heute in Berlin. Ich habe ja den Heldengedenktag, aber ich moechte gleich sagen, Sie muessen dann zunaechst mal in Berlin bleiben. Ich habe den Auftrag vom Fuehrer extra bekommen, dass selbst jeder Minister ..., wissen Sie, sonst

H0828 – 0030

wuerde jetzt eine Voelkerwanderung eintreten. Gestern waere kein Minister und Beamter zu Haus gewesen. Ich haette 1000 Flugzeuge gebraucht. Sie wollen alle natuerlich an diesem Freudenrausch teilnehmen. Ich habe also drakonisch die Herren zurueckhalten muessen.

R.: Ich kann Ihnen das telefonisch nicht so gut sagen. Es ist richtig aber, wenn ich heute fahre.

G.: Ja, das ueberlasse ich ganz Ihnen.

R.: Sonst ist das nicht alles verstaendlich. Meine Gespraeche sind abgeschlossen und wenn ich noch weiter hier herumsitze, das sieht so komisch aus. Aber ich habe von Chamberlain einen wirklich ganz ausgezeichneten Eindruck.

G.: Das freut mich.

R.: Ich habe ja neulich lange mit ihm gesprochen. Ich will Ihnen darueber am Telefon nichts sagen, aber ich habe den Eindruck, dass auch Chamberlain den ehrlichen Willen zur Verstaendigung hat. Ich habe ihm bei dieser Unterredung gesagt, nach der Ausderweltschaffung des oesterr. Problems die Verstaendigung zwischen Deutschland und England viel leichter sein wird als vorher. Ich glaube, er hat das auch eingesehen.

G.: Passen Sie auf, nachdem jetzt das ganze Problem da unten geloest ist und keine Gefahr der Aufregung und Stoerung mehr besteht,- das war ja doch eigentlich der Krisenherd fuer eine wirkliche Gefahr./ Die Leute sollten uns noch dankbar sein, dass wir diesen Krisenherd beseitigt haben.

H0828 – 0031

R.: Das habe ich ihnen auch gesagt und darauf hingewiesen, dass mit einem Umstand aufgeraeumt wurde, der zu vielen Reibereien Anlass gegeben hat. Wenn daraus auch im Augenblick Aufregungen hervorgehen, so koenne es doch die grosse Linie der deutsch-engl. Verstaendigung nur staerken. Ich habe auch Halifax am Ende unseres grossen Gespraeches gesagt, dass man hier aufrichtig die Verstaendigung wolle, worauf er bemerkte, dass er nur etwas Sorge haette um die CSR.

G.: Nein, nein, das kommt garnicht in Frage.

R.: Ich habe ihm daraufhin gesagt, wir haetten keinerlei Interesse und nicht die Absicht, da irgendwas zu machen. Im Gegenteil, wenn unsere Deutschen da vernuenftig behandelt wuerden, dann werden wir da auch zu einer Verstaendigung kommen.

G.: Ja, ich bin auch davon ueberzeugt, dass der Halifax ein absolut vernuenftiger Mann ist.

R.: Ich habe von Halifax ebenso von Chamberlain den besten Eindruck. Er meinte, im Augenblick sei es schwierig mit unserer (der engl.) oeffentlichen Meinung, weil es doch eben hier wie Gewalt usw. aussieht. Ich habe das Gefuehl, dass der normale Englaender, der Mann auf der Strasse, der wird sagen, was hat England mit Oesterreich zutun. Und deshalb glaube ich, wenn heute die engl. Regierung einem Chamberlain sagen wird als Fuehrer...., denn Fuehrer ist er doch. Das hat er ja selbst in den letzten Wochen .... wenn er da wirklich eingreift in dem Fall und wirklich so klarlegt in dem Sinne, wie ich es mit ihm besprochen habe (3 Worte unverstaendlich)

H0828 - 0032

dass bei uns zu Haus der Fuehrer, soweit er das saehe, ...,
das beweist ....
machen, allgemein, solch eine Wahl waere noch nicht dage-
wesen, wir haben jetzt die Unterlagen, wie Schuschnigg
die Wahl durchfuehren wollte. (einige Worte unverstaendlich!)
Jeder Zettel der drinlag, war ein Ja Zettel. Als Nein-Stimme
nur, wenn einer einen neutralen Zettel genommen hat und
diesen neutralen Zettel schrieb, "Ich stimme mit nein.
Hermann Goering, Innsbruck, ?strasse 2."

R.: Unglaublich. Einer von den kleinen Leuten haette das
daraufhin ueberhaupt nicht gewagt.

G.: Passen Sie auf, wenn dieser nun aber einen Ja-Zettel nahm
und strich ihn mit einem Bleistift durch und schrieb darauf
"nein", dann galt dieser Zettel als "ja". Wenn Sie einen
Zettel nahmen und rissen ihn durch und warfen beide Teile
dann galt er, weil er druchgerissen war nicht als eine Stimme
sondern als 2 Ja Stimmen.

R.: Tatsaechlich?

G.: So wahr ich hier sitze. Das waren die geheimen Dinge, die
noch veroeffentlichen.

R.: Donnerwetter ja. Das wuerde ich bald veroeffentlichen, das
ja unglaublich.

G.: Also jeder zerrissene Zettel galt als Ja-Stimme. Wenn
also mehrere zerrissen waren, dann wurde nicht erst
lange zusammen gesetzt sondern jeder zerrissene Teil war
eine Ja-Stimme.

H0828 – 0033

R.: Das ist ja ganz unglaublich!

G.: Jetzt aber - wie wurde abgestimmt!

R.: Haben wir, haben wir Unterlagen dafuer?

G.: Ja, ja. Also - und es wurde folgendermassen abgestimmt: sie gingen hin in das Lokal und sagten: ich bin Herr Meier "Jawohl Herr Meier, geben Sie den Zettel ab". Nun hiess es, nun sagten sie zum Schluss, ja sie haetten zum Schlusse befohlen die Einwohnerlisten sollen abgegeben werden. Jetzt sagte der Herr Meier, sagen wir mal, der hatte zufaellig die Liste und da machte er einen Haken daran. Jetzt ging der Herr Meier in das naechste Wahllokal in Inssbruck, die hatten dieselbe Einwohnerlisten, jedes Wahllokal hatte die Einwohnerlisten.(Worte unverstaendlich) Sagte hier Herr Meier "ich will abstimmen". "Jawohl Herr Meier, bitte". Wird angehakt. Jetzt ging er ins Dritte, wo auch dieselbe Einwohnerliste war, denn jedes Wahllokal hatte immer die gesamte Einwohnerliste.

R.: Das ist ja unglaublich!

G.: Nun stimmte er zum dritten Mal ab. Die einzige Angst, die die Leute hatten, das war folgenden: das mehr Ja- Stimmen drinnen waren, wie es ueberhaupt wahlberechtigte Bevoelkerung gab. Aber darueber haetten sie sich hinweggesetzt, die haetten sie eben abgezogen.

R.: Die haetten Sie eben wieder abgezogen.

G.: Ich glaube, dass der Seyzz I. glaubt, dass er durch Verhoer

der Beamten noch rausbekommen kann, dass sie sogar die Zahl der Ja- und Neinstimmen und der Enthaltungen schon von vornherein festgelegt hatten.

R.: (unverstaendlich)

G.: Das war die schamloseste Wahl, die stattgefunden haette.

R.: Ich habe gleich, als ich die erste Nachricht bekam, im ersten Gespraech mit Halifax vor einigen Tagen ueber diese Wahl die staerksten Ausdruecke gebraucht, die ein reinster Schwindel ist.

G.: Nun passen Sie auf. Nun ist noch ein Schwindel passiert. wohl jetzt schon ein neuer Aussenminister da ist, sind die Gesandten - ich glaube auch der Londoner, der Frankenstein (phl.) - hingegangen und haben noch Verpflichtung (schwer verstaendlich) der alten Regierung, - die haben sie sich kommen lassen - in deren Sinn Aeusserungen des neuen Ministers umgefaelscht. Das wird augenblicklich noch untersucht. Das sagte mir gestern der S.I. Er sagte also, er hat festgestellt, zwischen den Gesandtschaften draussen und unterirdischen Kraeften, also abgesetzten Kraeften der alten Regierung hi..... noch immer Zusammen haenge sind und dass diese Gesandten nach der neuen Regierung Forderungen der alten vertreten. Verstehen Sie?

R.: Ja.

G.: Und das soll gerade in London der Fall sein.

R.: Ja, ja. Der Frankenstein selber .... ein paar Leute sitzen hier, die glaube ich sehr unerfreulich sind.

H0828 - 0034

H0828 – 0035

G.: Wie ist denn der Frankenstein selbst?

R.: Ach Gott, er hat sich eigentlich uns gegenueber ich weiss nicht, wie er innerlich eingestellt ist - nicht wahr - zunaechst haben sie sich eine Hakenkreuzfahne ausgeborgt fuer heute.

G.: Das ist ja schoen.

R.: Ja, das ist schon ganz gut, nicht ! Aber ich glaube, er selbst hat sich mir gegenueber eigentlich immer loyal und anstaendig betragen, das kann ich nicht anders sagen; wie er innerlich eingestellt ist, das weiss ich nicht. Aber es gibt da ein paar Leute, die, das wissen Sie ja, die hoechst unerfreulich Typ hier sind.

G.: Dann sagen Sie aber dem Frankenstein, dass er natuerlich seine jetzige Regierung zu vertreten hat.

R.: Ja, das ist ganz klar.

G.: Also jedenfalls sagte mir gestern der S.I., ichweiss jetzt nicht, war es der oesterr. Gesandte in England oder in Paris, ich glaube in Paris, der angefordert ? hat, ist es richtig, dass die oesterr. Regierung die deutschen Truppen gerufen hat. Darauf ist ihm gesagt worden von diesem neuen Aussenamt, Jawohl, das ist richtig. Da hat derjenige gesagt, das neue Aussenamt habe gesagt, die Regierung habe sie nicht gerufen. Das wird augenblicklich untersucht.

R.: Da sitzen noch so ein paar Brueder drin, die einfach mitmischen wollen, nicht wahr ! Also vielen Dank, Herr Goering.

H0828-0036

G.: Kommen Sie, hier ist es wunderschoen.

R.: Ich werde dann heute nachmittag zu Ihnen kommen. Im Allgemeinen glaube ich, es ist eine wunderbare Sache.

G.: Ich kann Ihnen sagen, ich bin so masslos gluecklich. Sie wissen ja garnicht, wie ich gerade unter der oesterreichischen Frage gelitten habe. Das war das, was mich immer als Deutscher so masslos bedrueckte. Ich konnte nicht darueber hinwegkommen, dass vier fremde Maechte sich uns - also, ich konnte das nicht verstehen - entgegenstemmten, wenn Deutsche zu Deutschen wollen. Das hat mich immer bis ins Mark hinein getroffen.

R.: Ich glaube auch, wissen Sie,das wird hier in ganz kurzer Zeit - ich muesste mich kolossal taeuschen -, wird man hier sagen, ja, Donnerwetter, eigentlich ist es dadurch gut, dass ein Problem endlich und zwar auf so friedliche Weise - es ist ja doch einfach phantastisch, wie friedlich das Problem geloest ist ....

G. Also passen Sie auf, ich verlange nichts weiter, als dass die Welt die Abstimmung in Oesterreich genau so respektiert, wie wir das tun. Wenn Sie das tut, dann glaube ich, dass ganz sicher in der naechsten Zeit sehr viel friedlicher (unverstaendlich)

R.: Und dann glaube ich koennen wir wirklich auch hierauf .....

G.: Und dann muessen Sie noch etwas sagen, Ribbentrop, falls Sie darauf zu sprechen kommen, das ist sehr wichtig. Das oesterreichische Volk ist heute wirtschaftlich vernichtet.

Es gibt masslos viel Arbeitslose, ein furchtbares Elend. Sollte Oesterreich sich fuer Deutschland entscheiden, so koennen wir augenblicklich mit unserem grossen Wirtschaftsprogramm den Leuten sofort helfen. Wir koennen sofort die Autobahn weiterfuehren, wir koennen Strassen in Ordnung bringen, wir koennen wieder das Holz von den Leuten kaufen, das Vieh kaufen, und stellen Sie sich vor, Oesterreich hat doch in der Hauptsache kolossal stark vom Fremdenverkehr gelebt. Stellen Sie sich vor, wenn sich jetzt Oesterreich fuer Deutschland entschieden hat, dann glaube ich, gibt es keinen Deutschen, der nicht naechsten Sommer nach Oesterreich faehrt.

R.: Also ich glaube, dass innerhalb kurzer Zeit wird die Arbeitslosigkeit ueberhaupt vollkommen aufhoeren da.

G.: Ich garantiere Ihnen also, ich persoenlich, ich meine, weil ich da helfen soll, ich bin ueberyeugt, dass binnen 6 Wochen kein Arbeitsloser in Oesterreich mehr da sein wird, sondern dass alle Leute in Oesterreich arbeiten werden und zwar in Oesterreich selbst.

R.: Eins wollte ich noch sagen, ich habe hier allerdings auch gar keinen Zweifel an einer Sache gelassen, dass wenn, nicht wahr, irgendwie und eine, oder warten Sie mal, auf irgendeine Art der Drohung oder irgendwelchen Sachen, die hier in der Sache kommen wird, der Fuehrer und die gesamte Nation hundertprozentig hinter der ganzen Sache steht.

G.: Da will ich Ihnen mal folgendes sagen, vertraulich : Gnade Gott, kann ich nur sagen, der Fuehrer ist hier wo es um seine

H0828 – 0037

Heimat geht - sonst der kuehle Mann - viel zu sehr mit dem Herzen beteiligt. Ich glaube, wenn der Mann in der oesterr. Frage irgendeine Drohung erhaelt, gibt der Mann nie und nimmer nach, und ich muss es betonen, auch nicht die beiden Nationen. Das wuerde eine fanatische Sache, sowohl in Deutschland wie in Oesterreich.

R.: Das ist ja klar.

G.: Das ist kein Zweifel. Wer uns jetzt bedroht, stoesst auf beide Voelker und mit einem fanatischen Widerstand.

R.: Ich glaube, darueber ist man sich ja vollkommen klar .....

G.: Ja, wenn man das haben will, bitte schoen. Aber das sage ich ja ueberhaupt, wenn hier irgendwo in der Welt ein Staatsmann ist, gewissenlos genug, weil zwei deutsche Voelker sich umarmen, hier mit einem Krieg zu drohen oder gar damit zu kommen, d.h. Millionen Menschen auf die Schlachtfelder zu schicken, in einer Sache, der soll kommen. Also lieber moechte ich, dass mein Volk ausgerottet wird, als, dass es da nachgibt.

R.: Darueber habe ich auch keinen Zweifel gelassen, aber ich darf vielleicht sagen, ich glaube, dass man darin vollkommen vernuenftig ist usw. Also ich glaube .....

G.: Hier muss ich sagen, darin sehe ich keine Vernunft mehr, das waere ja wohl das tollste vom Tollen. Dann waere die Welt ein Narrenhaus geworden. Was anderes waere es, wenn da drueben ein Volk waere, das sich bis zum aeussersten gegen eine deutsche Invasion zur Wehr setzen wuerde und wuerde um Hilfe rufen in der ganzen Welt. Dann haette ich dafuer Verstaendnis. Das ist ja laecherlich .

H0828 - 0038

H0828 – 0039

R.: Ja, Herr Goering ...

G.: Also, dann kommen Sie. Ich freue mich schon auf Ihr Kommen.

R.: Ich komme dann heute Nachmittag zu Ihnen rad.

G.: Das Wetter ist prachtvoll hier. Blauer Himmel.. Ich sitze hier in Decken gehuellt auf meinem Balkon in der frischen Luft und trinke meinen Kaffee. Nachher muss ich reinfahren, die Rede halten und die Voegel zwitschern und durch das Radio hoert man ab und zu von drueben die Stimmung, die ungeheuer ist.

R.: Das ist wunderbar.

G.: Ich beneide nur alle die, die gestern dabei sein konnten. Ich muss hier sitzen und die Schluesselstellung halten.

R.: Wir haben vorhin am Radio auch etwas gehoert.

G.: Es ist uebrigens interessant, haben Sie die Rede des Fuehrers in Linz gehoert?

R.: Nein, leider nicht, die habe ich nicht gehoert.

G.: Das war fuer mich die interessanteste - sie war ganz kurz - die interessanteste Rede, die ich jemals vom Fuehrer gehoert habe. Dieser Mann, der doch das Wort beherrscht, wie kein Zweiter, konnte kaum reden. Das war nicht viel, was er sprach, das war ein bis in das Tiefste der Seele erschuetterter Mensch. Er rief mich ja dann an und sagte "Goering, Sie koennen sich nicht denken, ich habe ja gar nicht mehr gewusst, wie schoen meine Heimat ist." Heute geht er nun zum Grab seiner Eltern, wo er einen Kranz niederlegt.

H0828 – 0040

Linz, stellen Sie sich vor, seit vielen Jahren ist er ueberhaupt das erste Mal in der Stadt am Grab seiner Eltern, wie toll und grotesk die Zustaende waren. Denken Sie mal an, noch kurz vor der Berchtesgadener Verabredung, da wurde bei meiner Schwester, die doch mit jetzigen Justizminister verheiratet ist, da wurden noch bei einer Haussuchung die Bilder vom Fuehrer und von mir ihrem leibhaftigen Bruder mitgenommen (naechster Satz unverstaendlich). Davon hat man nichts geschrieben.

R.: War er sehr erschuettert der Fuehrer?

G.: Ja, furchtbar. Ich glaube, dass der Mann schwere Tage durchmacht. Da sollen sich also Szenen abspielen... Uebrigens ist ja Ward Price mit ihm fort.

R.: Ja, ich habe den Artikel von Ward Price schon gelesen heute morgen.

G.: Von Linz?

R.: Von Ward Price, sehr gut.

G.: Ja, ich meine ueber Linz?

R.: Ueber Linz, ja wunderbar.

G.: So, das interessiert mich, weil er, er soll direkt beim Fuehrer...

R.: Ich weiss schon der Fuehrer hat sich nach ihm umgedreht und haette gefragt : Ist dies Druck? Koennen Sie dies als Druck und Gewalt bezeichnen, was Sie hier sehen?

G.: Was schreibt W.P.?

R.: Ah, er schreibt gut, er schreibt..., nachdem muss es

H0828 - 0041

gewaltig gewesen sein.

G.: Stellen Sie sich vor, die kleine Stadt von ungefaehr 36.000 Einwohnern, da sollen also fast eine halbe Million Menschen zusammengestroemt sein -. Na, kommen Sie man.

R.: Auf Wiedersehen und Heil Hitler!

G.: Heil Hitler!

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:
gez. Dr.H o r n
Rechtswanwalt

H0828 - 0042

Ri.Exhibit Nr.12

A b s c h r i f t .

Dokumente der deutschen Politik Band VI 1 S.2oo.

Nr. 44 a

Ergebnis der Volksabstimmung und der Wahl zum Grossdeutschen Reichstag vom lo. April 1938.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	Gesamtzahl der Stimmberechtigten	%satz der Ja-Stimmen v.d.abgegeb.gueltigen Stimmen
A: Ergebnis der Volksabstimmung in Oesterreich.				
4 453 772	11 929	4 471 477	4 484 475	99.73
B: Ergebnis der Volksabstimmung im alten Reichsgebiet.				
44 451 4ol	442 981	44 964 228	45 15o 443	99.ol
C: Ergebnis der Wahl zum Grossdeutschen Reichstag.				
48 85o 452	454 844	49 38o 896	49 58o o72	99.o8

Fuer die Richtigkeit der Abschrift

Dr.H o r n

(Rechtsanwalt)

H0828 – 0043

Ri-Exhibit No. 13

C o p y

from "THE ARCHIVE" (D..S ARCHIV) Volume 1937/38

Page 1691 / 92 Sa. 14 March 38

Chamberlain's Statement in the House of Commons

. . . . . .

Paragraph 5:

Following Chamberlain's statement in the House of Commons, a discussion about the events in Austria took place in which the representatives of the opposition and various representatives of the conservative party demanded the summoning of the League of Nations. The discussion was closed by Undersecretary of State Butler with the following statement:

"The English government discussed the new situation with "friends of the Geneva Entente" and it was unanimously agreed that a discussion of the situation in Austria in Geneva would not bring satisfactory results, but that the result would probably again be some kind of humiliation. The Undersecretary of State stated that England had never assumed any special guaranty for the "independence" of Austria which had been forced in the treaty of St. Germain."

. . . . . .

- - - - - - - - -

Copy certified by:

(signed) Dr. Martin Horn

attorney

H0828 -0044

A b s c h r i f t

Dok. Nr. 2307 - PS

REICHSGESETZBLATT 1938 TEIL I Seite 237 - 238

GGesetz
ueber die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem
Deutschen Reich.
vom 13. Maerz 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkuendet wird:

A r t i k e l I

Das von der Oesterreichsichen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz ueber die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. Maerz 1938 wird hiermit Deutsches Reichsgesetz; es hat folgenden Wortlaut:

"Auf Grund des Artikels III Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes ueber ausserordentliche Massnahmen im Bereich der Verfassung, B.G. Blatt I Nr. 255 1934, hat die Bundesregierung beschlossen:

Artikel I : Oesterreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

Artikel II : Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der ueber zwanzig Jahre alten deutschen Maenner und Frauen Oesterreichs ueber die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich statt.

Artikel III: Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Artikel IV : Die zur Durchfuehrung und Ergaenzung des Artikels II dieses Bundesverfassungsgesetzes erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

Artikel V : Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist

H0828 – 0045

die Bundesregierung betraut.

Wien, den 13. Maerz 1938."

A r t i k e l II

Das derzeit in Oesterreich geltende Recht bleibt auf weiteres in Kraft. Die Einfuehrung des Reichsrechts in Oesterreich erfolgt durch den Fuehrer und Reichskanzler oder den von ihm hierzu ermaechtigten Reichsminister.

A r t i k e l III

Der Reichsminister des Innern wird ermaechtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern, die zur Durchfuehrung und Ergaenzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

A r t i k e l IV

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkuendigung in Kraft.

Linz, den 13. Maerz 1938.

Der Fuehrer und Reichskanzler
A d o l f H i t l e r

Der Reichsminister der Luftfahrt
G o e r i n g
Generalfeldmarschall

Der Reichsminister des Auswaertigen
von R i b b e n t r o p

Der Reichsminister des Innern
F r i c k

Der Stellvertreter des Fuehrers
R. H e s s

3786

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. H o r n
Dr. H o r n

Rechtsanwalt

H0828 – 0046

Auszuege aus dem Buch

"W a r n i n g s a n d P r e d i c t i o n s"

von Viscount Rothermere

Seite 137, letzter Absatz

...Einen Staat oder eine Nation Tschechoslowakei hat es nie gegeben, wohl aber hatte im Mittelalter ein Koenigreich Boehmen bestanden, dessen Unabhaengigkeit 1620 ihr Ende fand. ... Die Grenzen dieses Staates wiesen jedoch keine Aehnlichkeit mit der Nachkriegsbildung der Tschechoslowakei auf.

x x x

Seite 150, 3. Absatz

"Die Tschechen waren vor und waehrend des Krieges eines der Voelker, die dem oesterreichisch-ungarischen Reich unterstanden. Nur der Umstand, dass die tschechischen Soldaten in besonders grosser Zahl desertierten, ermoeglichte es ueberruehrigen Tschechenfreunden in England und Amerika, sie als ein unterdruecktes Volk hinzustellen, das ein Anrecht auf Nachsicht und Anerkennung von den Verbuendeten habe.

x x x

Seite 138, 1. Absatz

"Die Verbindung der Tschechen mit den Slowaken war lediglich das Ergebnis einer waehrend des Krieges mit Pittsburg abgehaltenen Konferenz, auf dieser erklaerten sich die Slowaken zur Unterstuetzung der tschechischen Forderungen bereit, wenn eine Friedenskonferenz zusammentreten sollte, zuvor war ihnen autonome Selbstverwaltung fuer ihr Volk in jedem zukuenftigen tschechoslowakischen Staate, wie er auch gebildet wuerde, verbuergt worden. ...

x x x

H0828 - 0047

Seite 151, 1. Absatz

"Als das Dokumente der Friedenskonferenz vorgelegt wurde, fiel es niemandem ein, darauf hinzuweisen, dass die damit einverstanddenen Tschechen und Slowaken alle amerikanischen Buerger und als solche schwerlich berechtigt waren, ueber das Schicksal Mitteleuropas zu entscheiden. ...

x x x

Seite 151, 2. Absatz:

"Aber Tschechen und Slowaken zusammen zaehlten nur 8 ½ Millionen. Daher behaupteten die tschechischen Fuehrer mit allerlei Scheingruenden, deren Widerlegung die Friedensdelegierten bei der Eile, die sie hatten, nicht zulassen wollten, einen weiteren Anspruch auf die Annektierung grosser geschlossener Voelkermassen voellig verschiedener Rasse zu haben.

x x x

x x x

Seite 138, 2. Absatz

" Um Gebeit fuer diesen Mischstaat zu finden, mussten die Friedensdelegeirten in Paris zu Hilfsmitteln greifen, die im direkten Gegensatz zu dem oeffentlich verkuendeten Grundsatz der Selbstbestimmung standen. Nicht nur wurden 3 000 000 Deutsch-Oesterreicher darin eingegliedert, sondern die Grenzen dieses Gebietes wurden nach Sueden hin auch durch die Einbeziehung einer geschlossenen Menge von einer Million Ungarn erweitert, deren Rasse und Sprache von der der Tschechen voellig verschieden waren. Diese Leute und die ungarische Abordnung auf der Friedenskonferenz protestierten lebhaft, aber vergeblich gegen ihr Schicksal. ...

x x x

H0828 – 0048

Seite 151, 4. Absatz

"Diese beiden geschlossenen Schichten von Auslaendern werden seitdem in der Tschechoslowakei als Gefangene gehalten. Sie wurden den Tschechen nicht mit mehr Ueberlegung ausgeliefert als wenn sie Vieh seien, und werden von den tschechischen Behoerden auch nicht mit mehr Schonung ihrer Rechte und Gefuehle behandelt.

Seite 151/152, letzter Absatz

"Als Gefangene eines wegen seiner kleinlichen Niedertraechtigkeit beruechtigten Volkes sind sie der kaltbluetigsten Enteignung und Bedrueckung unterworfen. Man hat kein Bemuehen unterlassen, ihre Sprachen auszumerzen, und die tschechische Polizei hat versucht, die Leute durch staendige Verfolgung seelisch zu brechen.

x x x

Auf
Seite 161/162 bringt Rothermere ein Zitat Lloyd Georges aus

The Truth About the Peace Treaties, Band II:

"Am 5. Februar 1919 forderte die Friedenskonferenz Dr. Benesch, den Ministerpraesidenten des neuen tschechoslowakischen Staates auf, ihr seinen Fall vorzutragen. Er schilderte ihn sehr geschickt und verschlagen. Die Tatsache, dass er die Eingliederung von Voelkern in die Tschechoslowakei forderte, die nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung fuer andere Staaten bestimmt haetten, ueberging oder bagatellisierte er. Er floss ueber von Beteuerungen der Maessigung, Bescheidenheit und Zurueckhaltung in den Forderungen, die er fuer die neue Republik stellte. Seine ganze Rede spickte er mit Phrasen, die von Symathiekundgebungen fuer die gepriesenen Ideale trieften, die Amerika und die Ver-

138

H0828 - 0049

buendeten auf ihrem Kreuzzug fuer internationales Recht verkuendeten."

So entstand die Tschechoslowakei.

x x x

Und noch ein Zitat aus Rothermere

Seite 140, 2. Absatz

"Die Lage dieser Nachkriegsrepublik ist keineswegs sicher, In Privatangelegenheiten stehen sich die gemischten Elemente, aus denen sie zusammengesetzt ist - Tschechen, Slowaken, Ungarn, Deutsche, Morawier, Polen und Ruthenen - so feindlich gegenueber, dass das Verschwinden des Staates durch eine ploetzliche Aufloesung von innen heraus, jederzeit moeglich ist. In diesem Sinne bildet er das Pulverfass Europas. ...

Seite 140, 3. Absatz

"Eins ist sicher - die Tschechoslowakei kann die gegenwaertige Ausbeutung der ihr unterworfenen Bevoelkerungen, ob sie ungarischer, deutsch-oesterreichischer oder einer der anderen Nationalitaeten sind, nicht fortsetzen. ...

x x x

Seite 144

Am 26. Maerz 1929 wurde ich gebeten, an einer Diskussion teilzunehmen, die The Daily News and Westminster Gazette (Die Taegliche Nachrichten und Westminster-Zeitung) ueber den "naechsten Krieg" veranstaltet. Mein Beitrag enthielt die nachstehende Stelle, die die Ereignisse des Maerz 1938 genau voraussagte:

H0828 - 0050

Seite 144, letzter Absatz

"Kein Mensch mit offenen Augen kann heute durch Mitteleuropa reisen oder auch nur seine zerrissenen politischen Teilgebiete auf der Landkarte studieren, ohne die Unbesonnenheit zu erkennen, mit der wirkliche und lebenswichtige Interessen hier mit Fuessen getreten wurden, als man jene willkuerliche und toerichte Neuverteilung des Gebietes vornahm.

Seite 145, 1. Absatz

"Alle natuerlichen Grundsaetze einer Grenzziehung wurden verworfen. Die neuen Grenzen hatten keine Berechtigung weder ethnographische noch geographische oder wirtschaftlich. Sie schufen in Mitteleuropa einen Dauerzustand von Unbehagen, Reibung und Unzufriedenheit, der, wenn er nicht beseitigt wird, unvermeidlich zu einem neuen Kriege fuehren muss."

x x x

Seite 157

"Ich kann mir nicht auch nur einen Augenblick vorstellen, dass Grossbritannien etwa zwanzig Jahre lang ruhig zugesehen haette, waehrend drei und eine halbe Million Briten an den Grenzen Englands unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine voellig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, waeren sie sehr wenige Jahre nach einer solchen Vergewaltigung energisch eingeschritten."

x x x

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

Dr. Horn
Rechtsanwalt

H0828-0051

2855 PS

US 98

A b s c h r i f t .

E n t z i f f e r u n g

ab Auswaertigen Amt 16.9.38 18 Uhr 45 Min.

an Gesandtschaft 16.9.38 Geh. Chiffr. Verfahren Cito

Blatt Nr. 2760

Nr. 232 vom 16.9.38

Heute Nacht sind in Deutschland 150 tschechoslowakische Staatsangehoerige tschechischen Volkstums festgenommen worden. Diese Massnahme ist eine Antwort auf die Verhaftung von Sudetendeutschen seit der Fuehrerrede vom 12.9. Bitte moeglichst umgehend Zahl der etwa seit 12.9. festgenommenen Sudetendeutschen soweit moeglich festzustellen. Von Gestapo wird Zahl der dort Festgenommenen unter Vorbehalt auf 400 geschaetzt. Drahtbericht.

Woermann.

Die Richtigkeit bestaetigt:

M. Horn

Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0828-0052

A b s c h r i f t

Dok. Nr. 2854 - PS

E N T Z I F F E R U N G

ab Auswaertiges Amt 17.9. 15 Uhr 20 Min.

an Gesandtschaft 17.9. Geh. Chiffr. Verfahren

(2762 - 65)

Nr. 234 vom 17

Citissime

I. Ich bitte unverzueglich der dortigen Regierung folgendes mitzuteilen:

(Die Reichsregierung hat beschlossen, dass

a) sofort im Reichsgebiet soviel tschechoslowakische Staatsangehoerige tschechoslowakischen Volkstums (auch Juden tschechoslowakischer Sprache) festgenommen werden sollen, als in der Tschechoslowakei seit Beginn laufender Woche Sudetendeutsche festgenommen worden sind.

b) Im Falle des Vollzugs von gegen Sudetendeutsche aufgrund des Standrechts gefaellten Todesurteilen jeweils eine gleiche Zahl Tschechoslowaken im Reich erschossen werden.)

Zur Kenntnisnahme :

Die Massnahme zu a) ist bereits insoweit durchgefuehrt, als hier 150 tschechoslowakische Angehoerige verhaftet worden sind. Anstaendige Behandlung ist von Gestapo zugesagt. Der tschech. Geschaeftstraeger hat hier gestern zunaechst noch ohne Auftrag gegen die Verhaftungen protestiert. Es ist ihm gesagt worden, dass es sich dabei um Gegenmassnahmen wegen der Verhaftung von Sudetendeutschen handele.

II. Falls dort die Verhaengung oder Vollstreckung von Todesurteilen aufgrund des Standrechts bekannt wird, bitte ich sofort fortlaufend fernmuendlich unter telegrafischer Bestaetigung zu berichten.

-2-

H0828-0053

III. Wie bereits telefonisch durchgegeben, bitte moeglichst umgehend Gesamtzahl der seit 12.9. bei Unruhen getoeteten oder verletzten Sudetendeutschen moeglichst unter Namens und Ortsangabe und Daten bekanntzugeben (letzte Gruppe von AA. nicht gegeben !)

Woermann

Die Richtigkeit bestaetigt:

M. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0828-0054

A b s c h r i f t

Dok. Nr. 2853 - PS

E N T Z I F F E R U N G

ab Auswaertiges Amt Berlin 24.9. 19 05 Uhr ..... Min.

an Gesandtschaft Prag 24.9. 20 00 Geh.-Chiffr.-Verfahren

Bl. 2101/2102

Nr. 268 vom 24. September 1938.

Nach hier vorliegenden Nachrichten haben Tschechen in Lundenburg zwei deutsche Grenzpolizeibeamte, 7 Zollbeamte und 30 Bahnbeamte festgenommen. Als (Alles) Gegenmassnahme wurde gesamtes tschechisches Personal in Marschegg festgenommen. Wir sind bereit, die festgenommenen tschechischen Beamten gegen die deutschen Beamten auszutauschen. Bitte an dortige Regierung heranzutreten und Ergebnis drahten.

Woermann

Die Richtigkeit bestaetigt:

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828-0055

A b s c h r i f t

Dok. Nr. 2856 - PS

E N T Z I F F E R U N G

ab Auswaertiges Amt Berlin 24.9. 15[56] Uhr Min.

an Gesandtschaft Prag 24.9. 18[00] Geh.-Chiffr. Verfahren

Bl. 2795 und 2797

Nr. 263 vom 24. Sept. 1938.

Auf Telegramme Nr. 432 und 435.

Gesandtschaft wird ermaechtigt, wegen etwa dort erforderlich gehaltenen Abtransports von 500 bis 600 Reichsdeutschen durch Sonderzug Gegenseitigkeit zuzusagen.

Anheimstelle, mit dortiger Regierung Eisenbahnlinie, Grenzort und Zeit Uebergabe Heimbefoerderter zu vereinbaren. Drahtbericht.

Vertraulich !

Abtretung der hier festgenommenen tschechischen Geiseln zur Verhuetung der Vollstreckung etwaiger Standgerichtsurteile gegen Sudetendeutsche kommt natuerlich nicht in Frage.

Woermann.

Die Richtigkeit bestaetigt:

M. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0828-0056

A b s c h r i f t

Dok. Nr. 2788-PS

US

GEHEIME REICHSSACHE.

Pol I 789 g (IV).

Geheim.

Niederschrift

ueber die Besprechung am 29. Maerz 1938, 12 Uhr mittags,

im Auswaertigen Amt

ueber sudetendeutsche Fragen.

An der Besprechung nahmen die in der anliegenden Liste aufgefuehrten Herren teil.

Der Herr Reichsminister betonte eingangs die Notwendigkeit einer strengen Geheimhaltung der anberaumten Besprechung und fuehrte sodann unter Hinweis auf die Richtlinien, die gestern nachmittag der Fuehrer Konrad Henlein persoenlich erteilt hat, aus, dass es vor allem zwei Fragen waere, die fuer die Fuehrung der Politik der Sudetendeutschen Partei von Wichtigkeit waeren:

1) Das Sudetendeutschtum muesse wissen, dass hinter ihm ein 75 Millionen-Volk staende, das eine weitere Unterdrueckung der Sudetendeutschen durch die Tschechoslowakische Regierung nicht dulden wuerde.

2) Es sei Sache der Sudetendeutschen Partei, gegenueber der Tschechoslowakischen Regierung diejenigen Forderungen aufzustellen, deren Erfuellung sie zur Erlangung der von ihr gewuenschten Freiheiten fuer notwendig erachte.

Der Herr Reichsminister fuehrte hierzu aus, dass es nicht Aufgabe der Reichsregierung sein koenne, Konrad Henlein, der der ausdruecklich anerkannte und vom Fuehrer erneut bestaetigte Fuehrer des Sudetendeutschtums sei, im

H0828-0057

nen Anregung zu geben, welche Forderungen gegenueber der Tschechoslowakischen Regierung zu stellen seien. Es kaeme darauf an, ein Maximalprogramm aufzustellen, das als letztes Ziel den Sudetendeutschen die volle Freiheit gewaehre. Gefaehrlich erschiene es, sich fruehzeitig mit Zusagen der Tschechoslowakischen Regierung abzufinden, die einerseits gegenueber dem Ausland den Anschein erwecken koennten, als ob eine Loesung gefunden sei, und andererseits die Sudetendeutschen selbst nur teilweise befriedigen wuerden. Vorsicht sei vor allem auch deshalb am Platze, weil man nach bisherigen Erfahrungen den Zusicherungen Benes' und Hodza's kein Vertrauen schenken koennte. Das Ziel der von der Sudetendeutschen Partei mit der Tschechoslowakischen Regierung zu fuehrenden Verhandlungen waere letzten Endes das, durch den Umfang und die schrittweise Praezisierung der zu stellenden Forderungen den Eintritt in die Regierung zu vermeiden. Bei den Verhandlungen muesse klar herausgestellt werden, dass allein die Sudetendeutsche Partei Verhandlungspartner der Tschechoslowakischen Regierung waere, nicht die Reichsregierung. Die Reichsregierung ihrerseits muesse es ablehnen, gegenueber der Prager Regierung oder gegenueber London und Paris als Vertreter oder Schrittmacher der sudetendeutschen Forderungen in Erscheinung zu treten. Eine selbstverstaendliche Voraussetzung sei es, dass das Sudetendeutschtum bei den vorstehenden Auseinandersetzungen mit der Tschechoslowakischen Regierung fest in der Hand Konrad Kenlein's liege, Ruhe und Disziplin bewahre und Unvorsichtigkeiten vermeide. Hierzu habe Konrad Henlein bereits zufriedenstellende Zusicherungen gegeben.

H0828-0058

Im Anschluss an diese allgemeinen Ausfuehrungen des Herrn Reichsminister wurden die in der Anlage beigefuegten Forderungen der Sudetendeutschen Partei an die Tschechoslowakische Regierung durchgesprochen und grundsaetzlich genehmigt. Fuer die weitere Zusammenarbeit wurde Konrad Henlein auf einen moeglichst engen Kontakt mit dem Herrn Reichsminister und mit dem Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle sowie dem Deutschen Gesandten in Prag als dem dortigen Vertreter des Herrn Reichsaussenministers verwiesen. Die Aufgabe des Deutschen Gesandten in Prag wuerde darin bestehen, nicht offiziell sondern in mehr privat gehaltenen Gespraechen mit den tschechoslowakischen Staatsmaennern die Forderungen der Sudetendeutschen Partei als vernuenftig zu unterstuetzen, ohne auf den Umfang der Forderungen der Partei unmittelbaren Einfluss zu nehmen.

Abschliessend wurde die Frage der Zweckmaessigkeit eines Zusammengehens der Sudetendeutschen Partei mit den uebrigen Minderheiten in der Tschechoslowakei, insbesondere den Slowaken eroertert. Der Herr Reichsminister entschied dahin, dass man der Partei die Freiheit lassen muesse, mit den anderen Minderheiten gruppen, deren paralelles Vorgehen zweckmaessig erscheinen koennte, lose Fuehlung zu halten.

Berlin, den 29. Maerz 1938

(gez.) R.

H0828-0059

Anwesenheitsliste zu der Besprechung

ueber sudetendeutsche Fragen

am Dienstag, den 29. Maerz 1938, 12 Uhr mittags.

Anwesend:

Herr Reichsminister v. Ribbentrop, Herr Staatssekretaer v. Mackensen, Herr Ministerialdirektor Weizsaecker, Herr Gesandte Eisenlohr, Prag, Herr Gesandte Stiee, Herr Vortr. Legationsrat v. Twardowski, Herr Legationsrat Altenburg, Herr Legationsrat Kordt	Auswaertiges Amt
SS Obergruppenfuehrer Lorenz, Herr Prof. Haushofer	Volksdeutsche Mittelstelle
Herren Konrad Henlein, Karl Hermann Frank, Dr. Kuenzel, Dr. Kreissl.	S.D.P.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0828-0060

3060 PS

US.

A b s c h r i f t .

Prag, den 16. Maerz 38.

Auswaertig. Berlin

Tel. i. Z geh. Verf.)

Nr. 57 vom 16. Maerz.

mit Bez. auf Drahterlass Nr. 30 vom 14. Maerz.

Abweisung Franks hat heilsam gewirkt. Habe mich mit Henlein, der sich mir in letzter Zeit entzogen hatte, und mit Frank einzeln auseinandergesetzt und folgende Zusagen erhalten:

1. Massgebend fuer Politik und taktisches Vorgehen SdP ist ausschliesslich die durch Gesandtschaft uebermittelte Linie deutscher Aussenpolitik. Meine Weisungen sollen strikte befolgt werden.

2. Oeffentliche Reden und Presse werden im Einverstaendnis mit mir einheitlich abgestimmt. Redaktionsstab der "Zeit" soll verbessert werden.

3. Parteifuehrung gibt bisherige intransigente Linie, die letzten Endes zu politischen Verwicklungen fuehren koennte, auf und schwenkt auf Linie schrittweiser Foerderung sudetendeutscher Belange ein. Ziele sind jeweils gemeinsam mit mir festzulegen und diplomatisch parallel zu foerdern. Volksschutzgesetze und "territoriale Autonomie"

H0828-0061

sind nicht mehr in Vordergrund zu stellen.

4. Falls vor wichtigen programmatischen Erklaerungen Henleins Beratung mit Berliner Stellen erforderlich oder erwuenscht, soll diese durch Gesandtschaft beantragt und vorbereitet werden.

5. Alle Informationen SdP an deutsche Stellen sollen durch Hand Gesandtschaft gehen.

6. Henlein wird allwoechentlich Fuehlung mit mir halten und auf Wunsch jederzeit nach Prag kommen.

Hoffe hiernach SdP fest am Zuegel zu haben, was im aussenpolitischen Interesse fuer kommende Entwicklung mehr denn je notwendig. Bitte beteiligte Ministerien und Mittelstelle unterrichten und um Unterstuetzung dieser einheitlichen Lenkung SdP ersuchen.

gez. S.

2) Gn. Hendle)
v. Halder)
v. Chamier) Namen
Tressaint) nicht
Moericke) gut leserlich
3) unleserlich

Die Richtigkeit bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

Ri. Exhibit Nr. 46

151

A b s c h r i f t

aus "Dokumente der deutschen Politik"

Band 6 I (S. 394)

"Gesandschaft der Tschecho-Slowakischen Republik in Paris.

Zahl 1075 / vertrl. / 38
O/D.

Betrifft: Sinn und Zweck der Mission Lord Runcimanns
in Prag.

Paris, den 5. August 1938

G e h e i m .

Herr Minister ! Massigli haelt die Entsendung Lord Runcimanns nach Prag fuer eine gute Sache. Anthony Eden aeusserte sich in einem Gespraech mit Botschafter Corbin (franzoesischer Botschafter in London), dass nach gutem Nachdenken die Entsendung Lord Runcimanns nach Prag einen guten Schritt bedeutet; denn er wird angeblich England in Mitteleuropa mehr engagieren, als es bisher der Fall war. Massigli sagt, dass die Englaender wissen, dass der Krieg sein wird, und dass sie sich mit allen Mitteln bemuehen, ihn hinzuhalten. Er anerkennt vollkommen, dass die Entsendung Lord Runcimanns nach Prag zu dem Zwecke der Beseitigung des Konfliktes an sich fuer die Tschecho-Slowakei Gefahren birgt; denn angeblich im Interesse des Zeitgewinns wuerde Lord Runcimann etwas vorschlagen koennen, was der Tschecho-Slowakei ungeheuer schaedlich sein koennte.

Zu diesem Urteil Mssiglis fuehre ich weitere Informationen an, die ungeheuer lehrreich sind. Auf der kuerzlich stattgefundenen Getreidekonferenz, die in London tagte, hatten die Englaender, die Dominions, Amerika und Frankreich eigene getrennte Besprechungen. Der franzoesische Delegierte sprach mit den Ministern Elliot (britischer Gesundheitsminister) und Morrison (britischer Landwirtschaftsminister) sowie mit dem hervorragenden Sachkenner Sir Arthur Street, der im Landwirtschaftsministerium war und der mit einer leitenden Aufgabe im Luftschiffahrtministerium

152

betraut wurde. Aus den Reden, dem Verhalten und den Verhandlungen der englischen Faktorei gewann der franzoesische Delegierte den positiven Eindruck, dass die Englaender sich fuer die Organisierung der Getreideversorgung nicht wegen der Verhuetung des Konfliktes interessieren, sondern deshalb, um den Konflikt zu gewinnen. Die Minister Elliot und Morrison sollen beide an die Eventualitaet des Konfliktes glauben.

Sir Arthur Street sagte, dass in sechs Monaten er die englische Luftschiffahrt in Ordnung haben wird. Daher legt man in England eine solche Wichtigkeit dem Gewinnen von Zeit bei.

Ich fuehre diese Informationen an dieser Stelle in Verbindung mit der Entsendung Lord Runcimanns nach Prag an; denn, wie ich schon gesagt habe, die Frage der Gewinnung von Zeit spielt eine bedeutende, wenn nicht entscheidende Rolle in der Entsendung Lord Runcimanns nach Prag ...

Herzlich begruesst Sie

Ihr ergebener

Osusky e.h.

Herrn Dr. Kamil Krofta,

Minister der Auswaertigen Angelegenheiten

in Prag."

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0064

A b s c h r i f t

aus W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 217

Gemeinsame Erklaerung des Fuehrers und des Britischen Premierministers Chamberlain, Muenchen, 30. September 1938.

Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, dass die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung fuer beide Laender und fuer Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch fuer den Wunsch unserer beiden Voelker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu fuehren.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Laender angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemuehen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu raeumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.

Adolf Hitler Neville Chamberlain

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828-0065

Ri. Exhibit Nr. 48

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 218

Aus der Rede des Britischen Premierministers Chamberlain im Unterhaus, 3. Oktober 1938

(Uebersetzung)

Abs.1 ..... Ich glaube, es gibt viele, die mit mir der Ansicht sind, dass eine solche von dem Deutschen Reichskanzler und mir unterzeichnete Erklaerung etwas mehr ist als nur eine fromme Meinungsaeusserung. In unseren Beziehungen zu anderen Laendern haengt alles davon ab, dass auf beiden Seiten Aufrichtigkeit und guter Wille vorhanden sind. Ich glaube, dass hier Aufrichtigkeit und guter Wille auf beiden Seiten vorhanden sind. Das ist der Grund, warum die Bedeutung dieser Erklaerung fuer mich weiter ueber ihren tatsaechlichen Wortlaut hinausgeht. Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus den Ereignissen dieser letzten Wochen ziehen koennen, so ist es die, dass ein dauernder Friede nicht dadaurch erreicht werden kann, dass wir stillsitzen und auf ihn warten. Um ihn zu erlangen, bedarf es aktiver und positiver Bemuehungen...

Abs.2 Wir sind in diesem Land bereits waehrend eines langen Zeitraums mit einem grossen Wiederaufruestungsprogramm beschaeftigt, das in Tempo und Umfang staendig zunimmt. Niemand soll glauben, dass wir es uns infolge der Unterzeichnung des Muenchener Abkommens zwischen den vier Maechten leisten koennen, unsere Anstrengungen in Hinblick auf dieses Programm in dem gegenwaerti-

H0828-0066

gen Zeitpunkt zu verringern. Die Abruestung kann seitens dieses Landes nie wieder eine einseitige sein. .....

Die Richtigkeit der Abschrift

bestaetigt:

gez. Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0828-0067

Ri. Exhibit Nr. 49

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 220

Rede des Britischen Staatssekretaers fuer Krieg Hore-Belishz in Mansion House, London, 10. Oktober 1938.

Auszug

(Uebersetzung)

Abs.1 ..... Es muss aber noch mehr getan werden, um der Territorial-armee als Ganzes volle Staerke und Wirksamkeit zu verleihen. ..

Abs.2 ..... Dieser Armee muss mit den noetigen, sich aus ihren besonderen Charakter ergebenden Aenderungen der gleiche Bestand und die gleiche Grundlage gegeben werden wie unserer regulaeren Armee. Betrachten Sie sie heute! Wenn sie auch nominell in Divisionen eingeteilt ist, so fehlen ihr doch viele moderne Einheiten, die unsere regulaere Armee besitzt, und es fehlt am notwendigen Verhaeltnis zwischen der Bewaffnung und den einzelnen Truppengattungen. Diese Maengel muessen beseitigt werden.

.....

Abs.5 ..... Was den Aufbau der neuen Truppen betrifft, so werden die Infanteriebrigaden in Zukunft 3 Bataillone haben anstatt 4, wie dies schon in der regulaeren Armee der Fall ist. Bei Verwendung des vorhandenen Materials ergibt sich, dass wir 9 vollstaendige Divisionen nach dem Muster der regulaeren Armee aufstellen koennen. .....

H0828-0068

Abs. 6 ..... Auch ist von uns die Schaffung einer betraechtlichen Anzahl moderner Korps- und Armeeergaenzungstruppen in Aussicht genommen, so z.B. Heeresfeld- und Heeresvermessungsregimenter, Heeres- und Korps-Nachrichtentruppen, die, wenn Krieg ausbrechen sollte, jederzeit ihren Platz innerhalb der Formationen einnehmen koennen. Alles dies steht mit der Organisation unserer regulaeren Armee im Einklang.

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt*
gez. Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0828-0069

Ri. Exhibit Nr. 50

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 223.

Aus der Rede Winston Churchills fuer den Rundfunk der Vereinigten Staaten von Amerika, 16.Oktober 1938.

(Uebersetzung)

Abs.1 ..... Wir muessen aufruesten! Haben wir uns durch unseren ernsten Friedenswillen in eine nachteilige Lage gebracht, so muessen wir dies durch doppelte Anstrengungen und, wenn es erforderlich sein sollte, durch Standhaftigkeit im Ertragen von Leiden wiedergutmachen. Es kann gar kein Zweifel darueber bestehen, dass wir aufruesten werden.

Abs.2 ..... Grossbritannien wird seine Jahrhunderte alten Gepflogenheiten aufgeben und seinen Bewohnern die nationale Wehrpflicht auferlegen. Das britische Volk wird aufrecht allem entgegensehen, was auch kommen mag. Aber, um mit Praesident Wilson zu sprechen, das Instrument der Waffen als solches genuegt nicht. Wir muessen die Kraft der geistigen Einstellung hinzufuegen.

Abs.3 ..... Es gibt Menschen, die sagen, wir sollten uns nicht in einen theoretischen Gegensatz zwischen Nazitum und Demokratie hineinziehen lassen. Dieser Gegensatz besteht aber schon heute.

Abs.7 ..... Ist dies ein Aufruf zum Krieg! Ich erklaere, dass es die einzige Gewaehr fuer den Frieden darstellt. Die rasche und entschlossene Sammlung aller Kraefte, um nicht nur militaerischen, sondern auch moralischen Angriffen zu begegnen, die entschlossene und nuechterne Anerkennung ihrer Pflichten durch die eng-

H0828-0070

lisch sprechenden Voelker und alle grossen und kleinen Nationen, die mit ihnen zusammengehen wollen, ihre treue und eifrige Kameradschaft wuerde fast schon zwischen Nacht und Morgen den Weg zum Fortschritt frei machen. ....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Dr. H o r n
Rechtsanwalt.

H0828-0071

Ri. Exhibit Nr.51

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 226

Erklaerung des Britischen Staatssekretaers fuer die Luftfahrt Sir K. Wood im Unterhaus, 16,November 1938

Auszug

(Uebersetzung)

Abs.1 Verhandlungen mit den Vertretern der kanadischen Industrie sind jetzt erfolgreich zum Abschluss gebracht und es sind Abmachungen unterzeichnet worden, denen zufolge die Regierung Seiner Majestaet im Vereinigten Koenigreich einen erstmaligen Auftrag fuer die Herstellung von schweren Bombern erteilt hat. Die betreffenden Flugzeugfabriken in Kanada haben sich gemeinsam verpflichtet, fuer die naechsten 10 Jahre ihre Produktionskapazitaet zur Ausfuehrung etwaiger weiterer Auftraege aehnlicher Art aufrechtzuerhalten, wenn dies notwendig sein sollte.

Abs.3 Ueber die getroffenen Abmachungen fuer die gruppenweise Fabrikation von schweren Bombern hinaus sind jetzt in London Verhandlungen mit zwei kanadischen Gesellschaften im Gange, um Kampf- und Aufklaerungsflugzeuge herzustellen, was in Fort William und Vancouver geschehen soll. ....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0072

Ri. Exhibit Nr. 52

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 234

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswaertige Amt

Bericht.

London, den 9.Januar 1939.

Abs.1 Die Botschaft des Praesidenten Roosevelt vom 4.Januar, in deren ersten Teil er gegen die autoritaeren Staaten polemisiert, hat in der oeffentlichen Meinung des Landes und in der Presse aller Parteirichtungen ungeteilte Zustimmung gefunden. .....

von Dirksen

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Dr. H o r n
Rechtsanwalt

Ri Exhibit Nr. 53

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 237

Rundfunkansprache des Britischen Premierministers Chamberlain, 23. Januar 1939

Auszug

(Uebersetzung)

Abs. 1 Heute abend moechte ich Ihnen etwas ueber den Plan der Regierung ueber die Einfuehrung eines freiwilligen nationalen Dienstes sagen. ...

Abs. 3 Der Plan soll uns fuer den Krieg bereit machen. Das will nicht sagen, dass ich glaube, dass Krieg kommt. Sie wissen, ich habe alles getan, was in meiner Macht steht, um uns und auch allen anderen den Frieden zu erhalten.

Abs. 4 Wir in unserem Lande wuerden niemals einen Krieg beginnen. Aber wir koennten gezwungen werden, an einem von anderer Seite begonnenen Krieg teilzunehmen, oder wir koennten selbst angegriffen werden, wenn die Regierung eines anderen Landes der Meinung sein sollte, dass wir uns nicht wirksam verteidigen koennten.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift

bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

Exhibit Nr. 55

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 221

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswaertige Amt

Bericht

Paris, den 12. Oktober 193

Abs. 3 Wie ich weiter gehoert habe, soll der englische Generalstabschef sich in erster Linie ueber den technischen Stand der franzoesischen Luftwaffe unterrichten, ueber welchen ihm sehr unguenstige Mitteilungen zugegangen seien. England soll auch beabsichtigen, Frankreich von weiteren Ankaeufen in den Vereinigten Staaten von Amerika abzuhalten und dafuer englische Muster anbieten. Der Grund hierfuer soll sein, dass der gemeinsame, im Falle eines Krieges fuer die englische und franzoesische Luftwaffe zu ernennende Oberbefehlshaber besser zu beurteilen in der Lage sein soll, welche Auftraege den franzoesischen Geschwadern zugemutet werden koennen.

Im Auftrag

B r a e u e r

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt :

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0075

Ri Exhibit Nr. 56

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 227

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswaertige Amt

T e l e g r a m m

London, den 22. November 1

Abs. 1 Fuer den Besuch von Chamberlain und Lord Halifax in Paris ist, wie der Premierminister gestern im Unterhaus bekanntgab, ein festes Programm nicht vorgesehen .....

Abs. 2 Die Besprechungen ueber die Ruestungsfrage werden allgemeinen Charakte sein, da militaerische Sachverstaendige nicht teilnehmen werden. Auf beiden Seiten besteht der Wunsch, die waehrend der Septemberkrise zuta getretenen Maengel zu beseitigen. Das englische Hauptinteresse wird au die Verstaerkung der franzoesischen Luftwaffe, insbesondere auf Vermehrung der franzoesischen Bombenflugzeuge gerichtet sein, da ganz allgemein der augenblichliche Kampfwert der franzoesischen Luftwaffe sehr gering eingeschaetzt wird. Die Franzosen wuenschen im Hinblick au die durch das Ausscheiden der Tschechoslowakei als militaerischen Bundesgenossen geschaffene Lage englische Zusicherungen hinsichtlich der Verstaerkung eines etwaigen britischen Expeditionskorps. .....

D i r k s e n

Die Richtigkeit der Abschfift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H r o n
Rechtsanwalt

Ri. Exhibit Nr. 57

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 228

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswaertige Amt

T e l e g r a m m

Paris, den 25. November 1938

Abs. 1 Gestrige franzoesisch-englische Besprechungen haben Abschluss mit Herausgabe Communiques und Rundfunkerklaerungen b eider Ministerpraesidenten gefunden. Darin wird festgestellt, dass Meinungsaustausch in vollster Einmuetigkeit verlaufen sei und allgemeine Ausrichtung der Politik beider Laender, insbesondere im Hinblick auf nationale Verteidigung und diplomatische Aktion, bezweckt und erreicht haben .....

Abs. 2 .... Franzoesischerseits wurde insbesondere Zusicherung starken englischen Expeditionskorps, englischerseits erhebliche Verstaerkung franzoesischer Luftwaffe, beiderseits Sicherung der Verbindungslinie beider Kolonialreiche gefordert. .....

W e l c z e c k

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H r o n
Rechtsanwalt

H0828-0076

H0828-0077

Ri. Exhibit Nr.58

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 229

Rede des Sekretaers des Britischen Amtes fuer Uebersee-handel R.S. Hudson im Unterhaus, 30. November 1938

Auszug

(Uebersetzung)

Abs. 3 .....Ich versuche Ihnen klar zu machen, dass Deutschland durch solche Methoden in den Laendern dieses Teiles von Europa eine Erdrosselungsstellung erlangt. .....Verschiedene ehrenwerte Mitglieder fragten, was da die Loesung sei?

Abs. 4. .....Wir haben alle moeglichen Verfahren, die wir ergreifen koennten, geprueft. Der einzige Weg, den wir sehen, ist der, dass wir unsere Industrien so organisieren, dass sie in die Lage versetzt werden, als eine geschlossene Einheit den entsprechenden deutschen Industrien entgegenzutreten und ihnen zu sagen: "Wenn Ihr nicht bereit seid, mit Euren jetzigen Methoden ein Ende zu machen und ein Abkommen zu treffen, wonach Ihr Euch verpflichtet, Eure Waren zu Preisen zu verkaufen, die einen vernuenftigen Gewinn gewaehrleisten, dann werden wir Euch bekaempfen und Euch mit Euren eigenen Mitteln schlagen."

.....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt.

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0078

Exhibit Nr. 59

A b s c h r i f t

aus den W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 231

Rede des Britischen Staatssekretaers fuer die Kolonien Malcolm Mac Donald im Unterhaus, 7. Dezember 1938

Auszug

(Uebersetzung)

Abs. 1 .....Ich glaube nicht, dass es heute auch nur irgendeine Gruppe in diesem Lande gibt, die geneigt ist, irgendeinem anderen Land die Sorge fuer irgendeins der Territorien oder Voelker zu uebbrtragen, fuer deren Regierung wir als Kolonial- oder Mandatsmacht verantwortlich sind. Diese Auffassung hat heute nachmittag in jedem Teil des Hauses Ausdruck gefunden, es ist eine Auffassung, die von Seiner Majestaet Regierung teteilt wird. Wir eroertern diese Frage nicht, wir ziehen sie nicht in Erwaegung, sie ist gegenwaertig kein Gegenstand der praktischen Politik.

.....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0079

Ri. Exhibit Nr. 6o

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 232

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswaertige Amt

Bericht

Paris, den 10. Dezember 1938

Abs. 1 Herr Duff Cooper hat am 7. Dezember im hiesigen "Theatre des Ambassadeurs" einen Vortrag ueber das Thema "Die franzoesisch-britische Freundschaft und der Frieden" gehalten. Der Redner betonte in seinen kriegshetzerischen Ausfuehrungen, die in jeder Hinsicht - mitunter auch in verletzender Form - gegen Deutschland gerichtet waren, die Notwendigkeit einer franzoesisch-englischen Koalition zur Verteidigung der beiderseitigen Interessen. Wenn Deutschland auch stark sei, so seien die beiden Voelker zusammen ihm ebenbuertig und der Ausgang eines eventuellen Konfliktes brauche durchaus nicht zugunsten Deutschlands auszufallen. Duff Cooper troestete sich damit, dass Amerika im Falle eines Konfliktes als der grosse Freund der westlichen Demokratien im Hintergrund stehen wuerde. .....

Im Auftrag

B r a e u e r

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0080

Exhibit Nr. 61

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s b u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 240

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham,
28. Januar 1939

A u s z u g

(Uebersetzung)

.....

.....

Abs. 7 .....Die Luft ist heutzutage voll von Geruechten und Verdaechtigungen, die man gar nicht bestehen lassen sollte. Der Friede vermag ja nur durch eine Herausforderung in Gefahr gebracht werden, wie sie der Praesident der Vereinigten Staaten in seiner Neujahrsbotschaft im Auge hatte, naemlich den Anspruch auf Weltherrschaft durch Gewalt. Einem solchen Anspruch muessen sich die Demokratien unweigerlich entgegenstellen, wie dies der Praesident angedeutet hat und wie ich es selbst auch bereits erklaert habe. .....

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0081

Ri.Exhibit Nr. 62

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 242

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Blackburn,

22. Februar 1939

Auszug

(Uebersetzung)

Abs. 2 Waehrend der letzten zwei Tage haben wir im Unterhaus die Fortschritte unserer Aufruestung eroertert. Die Zahlen sind in der Tat ueberwaeltigend. Vielleicht sind sie so gewaltig, dass das Volk sie gar nicht mehr zu fassen vermag. Ich muss aber doch versuchen, Ihnen einen Begriff von der Groesse und dem Tempo unserer Aufruestung zu geben, wie sie sich an den Kosten ermessen lassen.

Abs. 3 Waehrend in den ersten fuenf Jahren der Nationalen Regierung, naemlich von 1931 bis 1935, der durchschnittliche Aufwand fuer die Verteidigung des Landes 114 Millionen Pfund betrug, beliefen sich die entsprechenden Ausgaben im Jahre 1936 auf 186 Millionen Pfund, 1937 auf 265 Millionen Pfund, 1938 betrugen nach dem Voranschlag die Ausgaben bereits 4o6 Millionen Pfund, und der Voranschlag fuer das naechste Finanzjahr, der auch die Ausgaben fuer die Zivilverteidigung umfasst, ist bereits auf 58o Millionen Pfund hinaufgeschnellt. .....

Abs. 4 ..... Schiffe, Kanonen, Flugzeuge und Munition fliessen jetzt aus unseren Werften und Fabriken in einem Strom, der

H0828-0082

dauernd im Anschwellen begriffen ist. Jedenfalls hat sich die Lage in dieser Hinsicht, selbst vergleichen mit der vor einigen Monaten, ausserordentlich verbessert .....

.....

Abs. 6 Und wenn wir bedenken, dass das, was wir jetzt planen, allein den Anstrengungen unseres Landes entstammt, ohne dass, was noetigenfalls geschehen koennte, die grossen Dominions oder unsere Verbuendeten und Freunde ausserhalb des britischen Reiches etwas dazu beitragen, so koennen wir, um unseren Shakespeare zu zitieren, wohl die Gewissheit haben,

" Und steht die ganze Welt in Waffen gegen uns;
Wir schlagen sie . "

Die Richtigkeit der Abschrift

bestaetigt :

gez. Dr. Horn

Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0083

Ri.Exhibit Nr. 63

A b s c h r i f t

aus Dokumente der deutschen Politik Band 7 I (S. 9)

1 a Telegramm des Fuerhers an den slowakischen Ministerpraesidenten Dr. T i s o vom 16. Maerz 1939 [1])

Ich bestaetige den Empfang Ihres gestrigen Telegramms und uebernehme hiermit den Schutz des slowakischen Staates.

gez. Adolf Hitler

1) .....

Der am 14. Maerz 1939 vom slowakischen Landtag zum Ministerpraesidenten gewaehlte Dr. Tiso, der am Nachmittag des 13. zusammen mit Minister Dr. Durcansky vom Fuehrer in der Neuen Reichskanzlei in Berlin " zu einer Aussprache ueber die schwebenden Fragen " empfangen worden war, hatte am 15., da der Fuehrer damals nicht in Berlin weilte, an Generalfeldmarschall Goering folgendes Telegramm gerichtet:

" Ich bitte Sie, folgendes dem Fuehrer und Reichskanzler zu uebermitteln :

In starkem Vertrauen auf Sie, den Fuehrer und Reichskanzler des Grossdeutschen Reiches, unterstellt sich der slowakische Staat Ihrem Schutze.

Der Slowakische Staat bittet Sie, diesen Schutz zu uebernehmen.

gez. : Tiso. "

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez. Dr. Horn

Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

Ri. Exhibit Nr. 64

A b s c h r i f t

aus Dokumente der deutschen Politik Band7 I (S.1o/12)

1b. Vertrag ueber das Schutzverhaeltnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat vom 18./23. Maerz 1939.

Die Deutsche Regierung und die Slowakische Regierung sind, nachdem sich der Slowakische Staat unter dem Schutz des Deutschen Reiches gestellt hat, uebereingekommen, die sich hieraus ergebenden Folgen durch einen Vertrag zu regeln. Zu diesem Zwecke haben die unterzeichneten Bevollmaechtigten der beiden Regierungen folgende Bestimmungen vereinbart.

Artikel 1

Das Deutsche Reich uebernimmt den Schutz der politischen Unabhaengigkeit des Slowakischen Staates und der Integritaet seines Gebietes.

.....

Artikel 4

Entsprechend dem vereinbarten Schutzverheltnis wird die Slowakische Regierung ihre Aussenpolitik stets im engen Einvernehmen mit der Deutschen Regierung fuehren.

Wien, den 18. Maerz 1939
Berlin, den 23. Maerz 1939.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez. Dr. Horn
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

Ri.Exhibit Nr. 65

A b s c h r i f t

aus Dokumente der deutschen Politik Band 7 I (S. lo)

1 b Vertrag ueber das Schutzverhaeltnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat vom 18./ 23. Maerz 1939

Der slowakische Aussenminister Dr. Duransky am 15.6. 1939 in einer Rede vor dem Auswaertigen Ausschuss des slowakischen Parlaments :

4.Abs. " Wir sind uns voll bewusst, dass Deutschland nichts im Wege gestanden waere, wenn es sich entschlossen haette, die Slowakei zu annektieren. Wenn es nicht zu diesem Schritt gegriffen hat, hat es einen neuerlichen Beweis dafuer geliefert, dass es nicht die Unterjochung der kleinen Voelker, ihre Entnationalisierung, Unterdrueckung oder sogar ihren Untergang verfolgt, wie das die Maechte zu behaupten bemueht sind, da sie in Deutschland eine Gefahr fuer ihre Stellungen und Interessen erblicken. Deutschland hat nicht nur zu keinem derartigen Schritt gegriffen, sondern gerade im Gegenteil die Garantie der Grenzen und der politischen Unabhaengigkeit der Slowakei auf sich genommen. Wir wissen diese Tat sehr gut zu schaetzen. Denn gerade die juegnste Vergangenheit hat uns ueberzeugt, dass von allen Garantieren fuer uns nur die deutsche Garantie die groesste Bedeutung haben kann. Richtig ist, dass Deutschland dem slowakischen Staat gegenueber nicht nur vom politischen Gesichtspunkt aus eine guenstige Haltung einnahm, sondern uns auch in wirtschaftlicher Beziehung entgegenkam, damit die Anfangsschwierigkeiten leichter und rascher ueberwunden wuerden, was fuer die Festigung unserer Selbstaendigkeit von grosser Bedeutung war. '

H0828-0085

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez. Dr. Horn

Dr. Martin Horn

Rechtsanwalt.

Ri.Exhibit Nr. 66

H0828-0086

A b s c h r i f t

aus W e i s s / B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgschichte des Krieges.

Nr. 260

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswaertige Amt

Telegramm

London, den 15. Maerz 1939.

Ich habe heute nachmittag Lord Halifax den Wortlaut des Abkommens uebergeben und die vorgeschriebenen Bemerkungen gemacht.

Im Anschluss hieran hinwies ich auf die unhaltbaren Zustaende, die sich in der Tschechei in letzter Zeit durch Deutschenverfolgungen und allgemeine Gesetzlosigkeit entwickelt haetten. Ich darlegte ferner, dass die deutsch-tschechischen Beziehungen sich in letztem Monat wegen unloyaler und wiedersetzlicher Haltung ueberwiegender Mehrzahl der tschechischen Buerokratie immer mehr zugespitzt haetten. Als daher der Konflikt Prag mit der Slowakei in vergangener Woche ausgebrochen sei, waere Rueckwirkung auf die deutsche Bevoelkerung in der Tschechei selbst unvermeidlich gewesen.

Halifax gab seinem Bedauern Ausdruck, dass die Ereignisse der letzten Tage neue Unruhe und Erschuetterungen verursacht und den beginnenden Prozess einer allgemeinen Beruhigung unterbrochen haetten. Nunmehr entstehe erneut die Ungewissheit ueber unsere Absichten. Es sei jetzt auch vorlaeufig nicht moeglich den Besuch des Handelsministers Stanley in Berlin durchzufuehren und zu einer Regelung allgemein-wirtschaftlicher Fragen zu kommen, die so vielversprechend in Angriff genommen worden seien. In den deutsch-englichen Beziehungen seien die Uhren erheblich zurueckgestellt worden.

H0828-0087

Ich erwiderte dem Minister des Aeusseren, dass die Ereignisse der letzten Tage letzten Endes lediglich die unvermeidliche Folge der Schaffung des unmoeglichen Staatengebildes der Tschechoslowakei durch die Maechte von Versailles seien. Die in Muenchen versuchte Loesung sei durch das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung in Prag gegen die Slowakei in Frage gestellt worden. Der Verlauf des Konflikts mit der Slovakei, die Deutschenverfolgungen und die eintretenden anarchistischen Zustaende in der Tschechei haetten sodann zu dem schnellen Ablauf der Ereignisse gefuehrt. Auf Grund der Verhandlung des Fuehrers mit dem Staatspraesidenten Hacha sei dann die der Britischen Regierung jetzt mitgeteilte vertragliche Regelung getroffen worden. Jedenfalls bestehe kein Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und den deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen. Es sei merkwuerdig, dass bei jeder Aktion Deutschlands ein allgemeiner Entruestungssturm sich erhebe, waehrend seinerzeit bei der Besetzung Frankfurts und Duesseldorfs, mitten im tiefsten Frieden, keine Stimme laut geworden sei. Halifax stellte dann noch einige allgemeine Fragen nach der weiteren Gestaltung der staatsrechtlichen Verhaeltnisse, die ich, soweit moeglich beantwortete.

Dirksen

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

g.z. Dr. Horn

Dr. Martin H o r n

Rechtsanwalt

Ri. Exhibit Nr. 67

H0828-0088

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 259

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswaertige Amt

Bericht

London, den 16. Maerz 1939.

In der Unterhaussitzung vom 15. Maerz gab der Premierminister zunaechst einen kurzen sachlichen Ueberblick ueber die Entwicklung der Tschechoslowakei seit dem lo. Maerz d.J., wie sie sich ihm auf Grund der ihm zur Verfuegung stehenden Berichte darstellte.

..... Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund aus geaendert, seit der Slowakische Landtag die Unabhaengigkeit der Slowakei erklaert hat. Diese Erklaerung hatte die Wirkung, dass der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so ein Ende fand, und demgemaess hat die Sachlage, die der Herr Staatssekretaer fuer die Dominien geschildert hat und die wir schon immer als nur voruebergehend anssahen, nun aufgehoert zu bestehen, und Seiner Majestaet Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr laenger an diese Verpflichtung gebunden halten.

.....

Im Auftrag

von Selzam

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt :

gez. Dr. Horn

Dr. Martin H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0089

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2.

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 269.

Rede des Britischen Premierministers Chamberlain in Birmingham,

17. Maerz 1939

Auszug

(Uebersetzung)

.....Am vergangenen Mittwoch fand eine Debatte im Unterhause statt. Es war derselbe Tag, an dem die deutschen Truppen in der Tschecho-Slowakei einmarschierten, und wir alle, ganz besonders aber die Regierung, waren im Nachteil, weil die uns zur Verfuegung stehenden Nachrichten nur teilweiser, zum erheblichen Teile nichtamtlicher Art waren. Wir hatten keine Zeit, diese Nachrichten zu pruefen, noch viel weniger aber, und darueber eine wohlerwogene Meinung zu bilden. Daraus ergab sich zwangslaeufig, dass ich, im Namen der Regierung sprechend angesichts der Verantwortung, die mit dieser Stellung zwangslaeufig verbunden ist, mich gezwungen sah, mich auf eine stark zurueckhaltende und vorsichtige Darlegung dessen zu beschraenken, ueber das ich seinerzeit, wie ich glaubte, nur geringe Erlaeuterungen geben konnte. Und vielleicht war es auch ganz natuerlich, dass diese etwas kuehle und sachliche Erklaerung Grund zu einem Missverstaendnis gab und dass einige Leute glaubten, dass meine Kollegen und ich, weil ich ruhig sprach und meinen Gefuehlen nur beschraenkten Ausdruck gab, uns von der Angelegenheit nicht stark beeindruckt fuehlten. Ich hoffe, diesen Irrtum heute abend berichtigen zu koennen ..... Ich habe in Wirklichkeit keinen Grund, fuer meine im letzten Herbst stattgefundenen Besuche in Deutschland Entschuldigungen vorzubringen; denn welche Wahl hatten wir? Nichts von dem, was wir

haetten unternehmen koennen, nichts von dem, was Frankreich oder Russland haetten unternehmen koennen, waere dazu angetan gewesen, die Tschecho-Slowakei vor einem Einmarsch und der Vernichtung zu bewahren. Selbst wenn wir spaeter zum Kriege geschritten waeren, um Deutschland fuer sein Vorgehen zu strafen, und wenn wir nach den furchtbaren Verlusten, die allen Teilnehmern an einem Kriege zugefuegt worden waeren, schliesslich siegreich gewesen waeren, wuerde es uns niemals moeglich gewesen sein, die Tschecho-Slowakei in derselben Form wieder aufzurichten, die sie durch den Frieden von Versailles gefunden hatte. ..... Deutschland hat unter seinem gegenwaertigen Regime der Welt eine Reihe unangenehmer Ueberraschungen bereitet. Das Rheinland, der oesterreichische Anschluss, die Abtrennung des Sudetenlandes, alle diese Vorkommnisse haben die oeffentliche Meinung der ganzen Welt vor den Kopf gestossen und beleidigt. Welche und wieviel Anstaende wir aber auch an den in jedem dieser Faelle angewendeten Methoden haetten nehmen koennen, jedenfalls liess sich auf Grund der Rassenzugehoerigkeit oder gerechter Ansprueche, denen zu lange Widerstand geleistet worden war, etwas zugunsten der Notwendigkeit einer Aenderung in der bestehenden Lage sagen.

Die Ereignisse aber, die im Laufe dieser Woche ..... Platz gegriffen haben, scheinen mir in eine andere Klasse zu fallen und muessen uns alle veranlassen, an uns selbst die Frage zu richten: "Ist das das Ende eines alten Abenteuers oder ist es der Anfang eines neuen?"

"Ist es der letzte Angriff gegen einen kleinen Staat oder werden ihm weitere folgen? Ist dies in Wirklichkeit ein Schritt in der Richtung eines Versuchs zur Weltherrschaft durch Gewalt?"

Das sind schwerwiegende und ernste Fragen. Ich werde diese Fragen heute abend nicht beantworten. Ich bin aber ueberzeugt, dass sie die tiefernste und gewissenhafte Erwaegung

H0828-0090

nicht nur durch Deutschlands Nachbarn, sondern auch durch andere Maechte, vielleicht sogar solche jenseits der Grenzen Europas, notwendig machen wuerden. Schon jetzt liegen Anzeichen dafuer vor, dass dieser Prozess eingesetzt hat, und es ist augenscheinlich, dass er nunmehr voraussichtlich einen schnelleren Verlauf nehmen wird.

Wir selbst werden uns selbstverstaendlich zunaechst unsern Partnern in der britischen Gemeinschaft der Nationen und Frankreich zuwenden, mit denen wir so eng verbunden sind, ich bezweifle aber nicht, dass auch andere, die wissen, dass wir nicht uninteressiert an dem sind, was in Duedosteuropa vor sich geht, den Wunsch haben werden, mit uns zu konsultieren und unseren Rat einzuholen.

Wir alle in unserem eigenen Lande muessen die Lage mit dem Sinn fuer Verantwortlichkeit ueberpruefen, den ihr Ernst erfordert. Von dieser Ueberpruefung darf nichts ausgeschlossen bleiben, was auf die nationale Sicherheit Bezug hat, Jede Phase unseres nationalen Lebens muss wieder einmal von diesem Standpunkt aus einer Pruefung unterzogen werden .....

Dir Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Horn
Rechtsanwalt

H0828-0092

A b s c h r i f t

aus dem W e i s s - B u c h Nr. 2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 263

Der Deutsche Botschafter in London an das Auswaertige Amt

Bericht

London, den 18. Maerz 1939

Die Entwicklung und der gegenwaertige Stand der politischen Krise, die sich in den deutsch-englischen Beziehungen durch den Ablauf der Ereignisse in der bisherigen Tschecho-Slowakei entwickelt hat, lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

Entsprechend der Haltung der Regierung schrieb auch die Presse am ersten Tage meist noch zurueckhaltend und unbeteiligt; nur die traditionell antideutschen Blaetter setzen mit ihrer Hetzkampagne ein.

Von Mittwoch, dem 15. Maerz, ab versteifte sich die Stimmung zusehends. Die schaerfere Richtung innerhalb des Kabinetts, insbesondere der ganz dem Einfluss des Foreign Offixe unterlegene Lord Halifax, setzte sich durch.

Vor allem aber wurde es den Anhaengern wie den Feinden Chamberlains klar, dass die Stellung des Ministerpraesidenten selbst schwer in Mitleidenschaft gezogen war. Er galt als der Vertreter der Politik von Muenchen, als Anhaenger des Ausgleichs mit Deutschland auf Grund vertrauensvoller Aussprache. Er hatte wenige Tage vorher vor der Presse optimistische Erklaerungen ueber die Beruhigung der Weltlage und die Besserung der Wirtschaftskonjunktur abgegeben. In der Oeffentlichkeit waren an dem geplanten Besuch Stanley's in Berlin weitgehende Hoffnungen geknuepft worden.

Dieses Gebaeude war jetzt - so meinte man - eingestuerzt. Die Erklaerung Chamberlains im Unterhaus wurde als schwaechlich kritisiert. Sein Gegner erhoben ihr Haupt auf neue. So kam die scharfe Rede von Birmingham zustande.

.....

Die Stellung Chamberlains hat sich durch seine Rede in Birmingham gefestigt, wenn auch die Eden-Churchill-Opposition, die jetzt Loyalitaet markiert, erheblich an Einfluss gewonnen hat.

Da man in England ein Scheitern der Methode freundschaftlicher Verhandlung feststellen zu koennen glaubt, wird man jetzt Deutschland durch scharfes Auftreten, Errichten von Hindernissen, Ablehnen jeden Entgegenkommens - etwa auf wirtschaftlichem Gebiet -"zur Vernunft zu bringen" versuchen.

Eine gesteigerte internationale Taetigkeit in dieser Beziehung zeigt sich schon jetzt durch die Fuehlungnahme mit Frankreich, den Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union den Balkanstaaten. Es laesst sich noch nicht uebersehen, ob diese Besprechungen die Schaffung einer neuen, festen Koalition gegen Deutschland zum Ziel haben oder nur die Vereinbarung von Massnahmen im Falle weiterer Vorstoesse Deutschlands gegen andere Staaten, wie z.B. Rumaenien oder Polen.

von Dricksen

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828-0093

Veroeffentlichungen des Deutschen Instituts fuer Aussenpolitische Forschung

Band III

D a s D i k t a t v o n V e r s a i l l e s

Herausgegeben von Professor Dr.Fritz Berber

Entscheidung der Botschafterkonferenz ueber Memel v. 16.2.1923

Dokument Nr. 272, Seite 763.

Das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika als die Alliierten und Assoziierten Hauptmaechte Signatarmaechte des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages,

- in der Erwaegung, dass in den Bestimmungen des Abschnitt X "Memel", Artikel 99 des genannten Vertrages vereinbart ist. .... entscheiden die vorgenannten Maechte dahin, an Litauen die Souveraenitaet ueber das Memelgebiet unter den nachstehenden Bedingungen zu uebertragen.

1. Verzicht zugunsten Litauens auf alle Rechte und Ansprueche auf das in Artikel 99 des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 beschriebene Gebiet,
2. Schaffung einer Autonomierregierung und einer Volksvertretung in Memel .....

gez. Poincaré

Die Richtigkeit der Abschrift
bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. H o r n
Rechtsanwalt

H0828-0094

A b s c h r i f t

aus Dokumente der deutschen Politik Band 7 II (S.545/548)

99 a Deutsch-litauischer Vertrag ueber die Wiedervereinigung des Memelgebiets mit dem Deutschen Reich vom 22. Maerz 1939

Der deutsche Reichskanzler und der Praesident der Republik Litauen haben sich entschlossen, durch einen Staatsvertrag die Wiedervereinigung des Memelgebiets mit dem Deutschen Reich zu regeln, hiermit die zwischen Deutschland und Litauen schwebenden Fragen zu bereinigen und so den Weg fuer eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Laendern zu eroeffnen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmaechtigten ernannt:
Der Deutsche Reichskanzler den Reichsminister des Auswaertigen Herrn Joachim von Ribbentrop, der Praesident der Republik Litauen den Aussenminister Herrn Juozas Urbsys und den Gesandten in Berlin Herrn Kazys Skirpa, die sich nach Austausch ihrer in guter und gehoeriger Form befundenen Vollmachten ueber folgende Bestimmungen geeinigt haben:

Artikel 1.

Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelgebiet wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt.

Artikel 2.

Das Memelgebiet wird sofort von den litauischen Militaer- und Polizeikraeften geraeumt werden. Die Litauische Regierung wird dafuer Sorge tragen, dass das Gebiet bei der Raeumung in ordnungsmaessigen Zustand belassen wird. Beide Teile werden, soweit erforderlich Kommissare ernennen, die die Uebergabe der nicht in den Haenden der autonomen Behoerden des Memelgebiets befindlichen Verwaltungen durchzufuehren haben.

H0828-0095

Die Regelung der uebrigen sich aus dem Wechsel der Staatshoheit ergebenden Fragen, insbesondere der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, der Beamtenfragen sowie der Staatsangehoerigkeitsfragen, bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 3

Um den Wirtschaftsbeduerfnissen Litauens Rechnung zu tragen, wird im Memel fuer Litauen eine Freihafenzone eingerichtet werden. Die Einzelheiten werden nach den R Richtlinien der diesem Vertrage beigefuegten Anlage besonders geregelt werden.

Artikel 4

Zur Bekraeftigung ihres Entschlusses, eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland unt Litauen sicherzustellen, uebernehmen beide Teile die Verpflichtung, weder zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten noch eine gegen einen der beiden Teile von dritter Seite gerichtete Gewaltanwendung zu unte stuetzen.

Artikel 5.

Dieser Vertrag tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmaechtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und litauischer Sprache.

Berlin, den 22. Maerz 1939

Joachim von Ribbentrop J. Urbsys K. Skirpa

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828-0096

Exhibit Nr. 72

A b s c h r i f t

aus dem Weissbuch Nr. 2: Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 2 (Seite 3/4)

Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919

"..... Durch die in Artikel 27 und 28 vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten werden dem polnischen Staat mehr oder minder grosse Teile der preussischen Probinzen Ost- und Westpreussen, Pommern, Pos und Schlesien zugeteilt, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevoelkerung bewohnt werden. Unbekuemmert um ethnographische Gesichtspunkte werden zahlreiche deutsche Staedte, weite rein deutsche Landstrecken zu Polen geschlagen, nur damit Polen guenstige militaerische Grenzen gegen Deutschland oder wichtige Eisenbahnknotenpunkte erhaelt. Unterschiedslos werden Gebiete, die in verschiedenen Jahrhunderten von Polen losgeloest sind oder in denen es ueberhaupt nie geherrscht hat, jetzt ihm zugesprochen. Die Annahme der vorgeschlagenen Regelung wuerde deshalb eine Vergewaltigung von grossen unstreitbar deutschen Gebieten bedeuten. Eine solche Regelung wuerde ausserdem den Wilsonschen Grundsaetzen widersprechen, dass bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, "neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas uhd somit der Welt stoeren wuerden" ....."

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt: gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828-0097

Ri Exhibit Nr. 73

A b s c h r i f t

aus dem Weiss-Buch Nr. 2: Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 13 (Seite 28)

Aus den Bemerkungen der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen, 29. Mai 1919

.....Insbesondere steht in den Artikeln 100 bis 108 verlangte Preisgabe der rein deutschen Hansestadt Danzig und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung in schroffstem Gegensatz zu allem in den Erklaerungen des Praesidenten Wilson gegebenen Zusicherungen. Danzig wies nach der Zaehlung vom 1. Dezember 1910 eine verschwindende polnische sprechende Minderheit von 3,5 v.H. auf, der Kreis Danziger Niederung 1 v.H., der Kreis Marienburg 3.v.H. auch der Kreis Danziger Hoehe hatte nur 11.v.H. Selbst die Polen bestreiten nicht ernstlich, dass Danzig stets deutschen Charakter gehabt hat. Der Versuch, Danzig zu einer Freien Stadt zu machen, sein Verkehrswesen und die Vertretung seiner Rechte nach aussen dem polnischen Staat auszuliefern, wuerde zu heftigem Widerstand und zu einem dauernden Kriegszustand im Osten fuehren. Dabei sind die wirtschaftlichen Massnahmen so getroffen, dass fuer Danzig, jeder Verkehr mit Deutschland aufs aeusserste erschwert wird - offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet im Laufe der Zeit durch wirtschaftlichen Druck zu polnisieren. Die Deutsche Regierung muss darum die beabsichtigte nationale Vergewaltigung Danzigs ablehnen und die Forderung erheben, Danzig und Umgebung beim Deutschen Reich zu belassen. .....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Unterschrift
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt

H0828-0098

Ri-Exhibit Nr. 74

H0828-0099

A b s c h r i f t

Aus dem Weissbuch Nr. 2: Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 3 (Seite 4/5)

Der Vorsitzende des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Hauptmaechte Clemenceau an den Polnischen Ministerpraesidenten Paderewski.

Paris, den 24.Juni 1919

.....Im Namen des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Hauptmaechte habe ich die Ehre, Ihnen hiermit den Text des Vertrages in seiner endgueltigen Form mitzuteilen, um dessen Unterzeichnung Polen auf Grund von Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland bei Gelegenheit der Bestaetigung der Anerkennung Polens als unabhaengiger Staat und der zu seinen Gunsten erfolgten Uebertragung der Gebiete, welche dem ehemaligen Deutschen Reich angehoerten und Polen durch den genannten Vertrag zugeteilt werden, ersucht werden wird.

.....Gleichermassen muss ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass die polnische Nation die Wiedererlangung ihrer Unabhaengigkeit den Anstrengungen und Opfern der Maechte verdankt in deren Namen ich mich an Sie wende. Es ist der Entscheidung dieser Maechte zu danken, dass die Wiederherstellung der polnischen Souveraenitaet ueber die in Frage stehenden Gebiete und die Einbeziehung der Bewohner dieser Gebiete in die polnische Nation im Begriffe sind, verwirklicht zu werden. Um diese Gebiete in voller Sicherheit besitzen zu koennen, wird Polen in Zukunft weitgehend von der Unterstuetzung abhaengig sein, die die Hilfsmittel dieser Staaten dem Voelkerbund gewaehren werden.

H0828-0100

Hieraus erwaechst daher fuer diese Maechte die Verpflichtung, welcher sie sich nicht entziehen koennen, in der dauerhaftesten und feierlichsten Form die Garantie gewisser wesentlicher Rechte sicherzustellen, welche den Einwohnern einen notwendigen Schutz geben werden, welches auch immer die Veraenderungen sein mogen, die in der inneren Verfassung des polnischen Staates eintreten koennten.

..... Um dieser Verpflichtung nachzukommen, ist Artikel 93 in den Friedensvertrag mit Deutschland eingesetzt worden.

..... Es ist eine neue Lage, die die Maechte jetzt zu erwaegen haben, und die Erfahrung hat gezeigt, dass neue Bestimmungen notwendig sind. Die Gebiete, welche jetzt an Polen und andere Staaten uebergehen, umfassen unvermeidlicherweise eine betraechtliche Bevoelkerung, welche andere Sprachen spricht und anderen Rassen angehoert als das Volk, welchem sie einverleibt wird. Ungluecklicherweise sind die Rassen durch lange Jahre bitterer Feindschaft getrennt gewesen. Es ist anzunehmen, dass diese Bevoelkerungsteile sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, dasss sie sicher sein koennen, in wirksamer Weise gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrueckung geschuetzt und sichergestellt zu sein. Die blosse Tatsache, zu wissen, dass diese Garantien vorhanden sind, wird hoffentlich die von allen gewuenschte Verstaendigung wirklich erleichtern und in der Tat dazu beitragen, zu verhindern, dass es notwendig wird, sie mit Gewalt aufzuerlegen.

Was die individuellen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages betrifft so garantiert Artikel 2 allen Bewohnern die Grundrechte, die in allen zivilisierten Staaten tatsaechlich gewaehrleistet sind.

H0828-0101

Die Bestimmungen 3 bis 6 bezwecken, jeder Person, welche tatsaechsich in dem unter die polnische Souveraenitaet kommende Gebiete wohnt, alle die Privilegien zu sichern, welche dem Mitbuerger gebuehren. Die Artikel 7 und 8 bestimmen im Einklang mit dem Vorhergehenden, dass kein Unterschied in der Behandlung gemacht werden soll zum Nachteil der polnischen Buerger, welche durch ihre Religion, ihre Sprache oder ihre Rasse von der grossen Menge der polnischen Bevoelkerung verschieden sind. Wir glauben zu wissen, dass die polnische Regierung weit davon entfernt, irgendeinen Einwand gegen den Inhalt dieser Artikel zu erheben, bereits ihrerseits ihre feste Entschlossenheit erklaert hat, die in ihnen zum Ausdruck gebrachten Grundprinzipien zu den Grundlagen ihrer Einrichtungen zu machen.

Die folgenden Artikel haben einen etwas andersartigen Charakter, indem sie gewissen Minderheitengruppen noch weitere besondere Rechte zugestehen .....

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. M. Horn
Dr. Martin Horn
Rechtsanwalt.

H0828-0102

Ri-Exhibit Nr. 75

A b s c h r i f t

aus dem Weiss-Buch Nr. 2 ; Dokument zur Vorgeschichte des Krieges

Nr. 4

Vertrag zwischen den Allierten und Assoziierten Hauptmaechten und Polen, Versailles, 28. Juni 1919.

Auszug

A r t i k e l 1

Polen verpflichtet sich, die in den Artikeln 2 bis 8 dieses Kapitels enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetz anzuerkennen mit der Wirkung, dass kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch zu ihnen stehen und dass kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung gegen sie Geltung beanspruchen darf.

A r t i k e l 2

Die Polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Gebuert, Nationalitaet, Sprache, Rasse oder Religion vollen und ganzen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewaehren.

Alle Einwohner Polens sollen das Recht auf freie, oeffentliche und private Ausuebung jedes Bekanntnisses, jeder Religion oder jedes Glaubens haben, deren Betaetigung nicht mit der oeffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

A r t i k e l 7

Abs.1 Alle polnischen Staatsangehoerigen sind vor dem Gesetz gleich und geniessen die gleichen buergerlichen und politischan Rechte, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion.

Abs. 2 Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehoerigen im Genusse der buergerlichen oder politischen Rechte schaden, insbesondere bei der Zulassung zu oeffentlichen Aemtern, Taetigkeiten und Ehrenstellungen oder bei der Ausuebung der verschiedenen Berufe und Gewerbe.

Abs. 3 Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehoerigen im freien Gebrauch irgendeiner Sprache irgendwie beschraenkt weder in ihren privaten oder wirtschaftlichen Beziehungen noch auf dem Gebiete der Religion, der Presse oder bei Veroeffentlichungen jeder Art, noch in oeffentlichen Versammlungen.

Abs. 4 Unbeschadet der Festsetzung einer Staats/ und Amtssprache durch die Polnische Regierung muessen den fremdsprachlichen polnischen Staatsangehoerigen angemessene Erleichterungen fuer den muendlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewaehrt werden.

A r t i k e l 8

Die polnischen Staatsangehoerigen, die einer voelkischen, religioesen oder sprachlichen Minderheit angehoeren, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsaechlichen Sicherheiten geniessen wie die anderen polnischen Staatsangehoerigen. Sie sollen insbesondere das gleiche Recht haben, auf ihre Kosten Wohlfahrts- religioese oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuueben.

A r t i k e l 9

Abs. 1 Auf dem Gebiete des oeffentlichen Unterrichtswesens soll die Polnische Regierung in den Staedten und Bezirken, in denen in betraechtlichem

H0828-0103

H0828-0104

Verhaeltnis fremdsprachige polnische Staatsangehoerig wohnen, angemessene Erleicherungen schaffen, um sicherzustellen, dass in den Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehoerigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird. Diese Bestimmung soll nicht ausschliessen, dass die Polnische Regierung in diesen Schulen die polnische Sprache zum Pflichtfach macht.

.....

A r t i k e l 12

Abs.1 Polen ist damit einverstanden, dass, insoweit die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen einer voelkischen, religioesen oder sprachlichen Minderheit betreffen, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalen Interesse begruenden und unter die Garantie des Voelkerbundes gestellt werden. Sie koennen nur mit Zustimmung der Mehrheit des Voelkerbundsrates geaendert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, keiner Abaenderung der bezeichneten Artikel ihre Zustimmung zu versagen, wenn sie von der Mehrheit des Voelkerbundsrates formgerecht angenommen worden ist.

Abs.3 Polen ist ferner damit einverstanden, dass im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Polnischen Regierung und einer jeden Alliierten und Assoziierten Hauptmacht oder jeden Macht, die Mitglied des Voelkerbundsrates ist, ueber die rechtlichen und tatsaechlichen Fragen, die diese Artikel betreffen, diese Meinungsverschiedenheit als Streit anzusehen ist, der im Sinne des Artikels 14 der Voelkerbundssatzung internationalen Charakter traegt. Die Polnische Regierung ist damit einverstanden, dass jeder Streit dieser Art auf Verlangen des anderen Teils vor den Staendigen Internationalen Gerichtshof gebracht wird. Diese Entscheidung des Staendigen Internationalen Gerichts-

H0828-0105

hofes soll endgueltig sein und dieselbe Kraft und Wirkung haben wie eine auf Grund des Artikels 13 der Voelkerbundssatzung gefaellte Entscheidung.

Die Richtigkeit der Abschrift bestaetigt:

gez. Dr. Martin H o r n
Rechtsanwalt.